

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *Münchner Sicherheitskonferenz: Können zivilgesellschaftliche Bewegungen weltweite Solidarität üben? – S. 4*
- *Grundrechte: Polizei dirigiert die Kinder- und Jugendhilfe in Hamburg – S. 6*
- *Konstanz vor dem Konziljubiläum – S. 13*
- *Mit Subventionen in die Arbeitslosigkeit– S. 18*
- *Armut in einem reichen Land: eine Herausforderung für Linke-Kommunalpolitik – S. 20*

Ausgabe Nr. 2 am 9. Februar 2012, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Letzte Seite: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Vertrieb: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- ☐ 1 Ausgaben für 5 € (beiliegen) zum Kennenlernen
- ☐ Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- ☐ Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- ☐ Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

☐ Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Eine Medienkampagne landet bei der Staatsanwaltschaft

maf. Die Fülle von Einzelheiten aus der Lebens- und Amtsführung des Bundespräsidenten und früheren Ministerpräsidenten Wulff, die von der Presse aufbereitet vorliegt, erzeugt Überdruß. Die „Bild“-Kampagne zielte darauf, den Bundespräsidenten abrupt zum Rücktritt zu zwingen. Die Kampagne konnte mit dem alten Erfahrungssatz rechnen, nach dem irgendetwas immer hängen bleibt. Hätte sich Wulff an dem Idealbild des Bundespräsidenten orientiert, so hätte er weichen müssen. Allerdings haben sich die öffentlichen Verdächtigungen auch nicht in Luft aufgelöst. Sie sind in den Zusammenhang staatsanwaltlicher Ermittlungen geraten. Kommt es zu einer Anklageerhebung, stellt sich die Frage nach dem Verbleib des Bundespräsidenten im Amt neu. Im Falle einer Verurteilung könnte der Bundestag nämlich seine Amtsenthebung betreiben. Ob es dazu kommt?

Viel mehr als bei den Spitzen der Bundespolitik, die als Träger der staatlichen Hoheit wirken, hat es das Amt des Ministerpräsidenten eines deutschen Bundeslandes mit Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung zu tun. Hier werden Entscheidungen über Ausbau und Platzierung von Infrastruktur konkret, hier müssen Investitionsbedingungen auf konkrete Investoren zugeschnitten werden, hier entstehen persönliche Beziehungen zwischen den Spitzen der Verwaltung und der Wirtschaftswelt.

Politik als Laufbahn wird in der BRD – anders als in anderen Ländern der westlichen Welt – ganz überwiegend von Habenichtsen beschritten. Diese Laufbahn bot in den Jahrzehnten der Nachkriegszeit die Chance, ein Vermögen zu machen. Legendar dafür der Name F. J. Strauß. Die BRD hat sich von diesem Typus des Politikers in einem langwierigen Prozess distanziert. Ein letzter Schritt der rechtlichen Aufarbeitung war letztes Jahr mit der Verurteilung des Strauß-Gefolgsmannes, Geheimdienstlers und Rüstungslobbyisten H. Pfahls zu beobachten.

Wenn die Politiker durchs Amt nicht reich werden können und die Reichen nicht Politiker werden wollen, entsteht ein Kommunikationsproblem. Die letztlich an der Beamtenbesoldung orientierten Einkünfte der Spitzenpolitiker ermöglichen nicht annähernd Zugang zu dem Lebensstil, der für die Häupter der Wirtschaft selbstverständlich ist. Es gibt viele Möglichkeiten, mit dieser Asymmetrie umzugehen. In Deutschland am populärsten ist der Weg der Askese des politischen Machthabers, und wenn schon nicht

Askese, dann wenigstens biedermeierliches Selbstgenügen. Das ist nicht jedermanns Sache. Im Hannoveraner Beziehungsgeflecht hat man andere entgegenkommende Wege und ist dabei weit gegangen.

Wenn man der Auskunft der Romane trauen darf, gibt es in der gehobenen bürgerlichen Gesellschaft Formen, mit dem Einkommensgefälle fertig zu werden, das die Wechselfälle des Wirtschaftslebens innerhalb der Familien, aber auch zur Welt der Kunst und eben auch der Politik hervorrufen. Es ist der Weg der Einladungen der armen Verwandten, des Mäzenatentums an Kunstschaffenden, des Gönnens, wobei eine Leistung ohne Erwartung einer geldwerten Gegenleistung gewährt wird. Eine Kollision mit den beamtenrechtlichen Regeln betreffs Vorteilsnahme und -gewährung ist naheliegend.

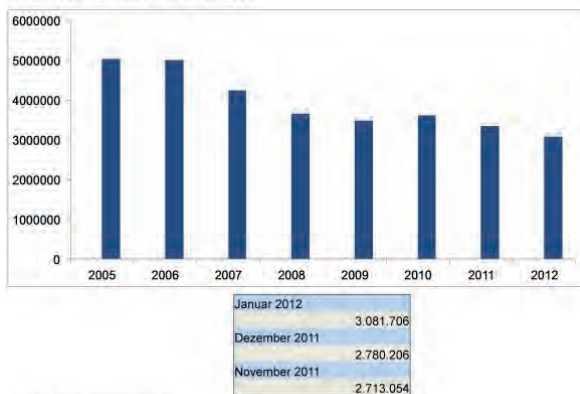
Wohl die allermeisten Laufbahnpolitiker/innen in Ländern und Gemeinden könnten von gut informierten Pressekreisen unter Verdacht gestellt werden. Die Auseinandersetzung um die Einzelheiten der Lebens- und Amtsführung des Laufbahnpolitikers Wulff mag dazu führen, dass in der Öffentlichkeit realistische Maßstäbe entstehen. Am Ende sollte nicht entscheidend sein, was der Presse als freie Meinungsäußerung – und die schließt auch die Freiheit zum Verdacht ein – erlaubt ist, sondern das, was nach Prüfung von Verdächtigungen auf rechtlichen Wege übrig bleibt.

Schönmalerei am Arbeitsmarkt

www.bundesregierung.de, Berliner Zeitung, 27.1. rül. „Mehr Menschen erwerbstätig“ – mit dieser Schönmalerei kommentiert die Bundesregierung auf ihrer Internet-Seite die Ende Januar vorgelegten Arbeitsmarktzahlen für Januar der Agentur für Arbeit. Tatsächlich waren Ende Januar 2012 bundesweit 3.082 000 Menschen arbeitslos, 264 000 weniger als vor einem Jahr. 4,113 Millionen Menschen waren laut Agentur für Arbeit „unterbeschäftigt“, d.h. entweder arbeitslos oder in einer „Maßnahme“ der Agentur für Arbeit oder der Jobcenter vorübergehend untergebracht. Systematisch betont die Bundesregierung und speziell Arbeitsministerin von der Leyen in ihrer Pressemitteilung von Ende Januar die positiven Aspekte auf dem Arbeitsmarkt. „Rund eine halbe Million offene Stellen“, Anstieg der Erwerbstätigenzahl 2011 gegenüber dem Vorjahr um 572 000 auf 41,47 Millionen, Anstieg der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf rund 29 Millionen. „Dies waren 721 000 Arbeitsverträge mehr als im Vorjahr. Die Vollzeitbeschäftigten“

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

Arbeitslosenzahl im Januar seit 2005



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

tigung ist um 314 000 und die Teilzeitbeschäftigung um 397 000 Stellen gewachsen“, freut sich die Ministerin. Die wachsende Not am unteren Ende der Arbeitsmarkthierarchie soll verdrängt werden, weil Arbeitgeber und die schwarz-gelbe Regierung sonst politisch, d.h. gesetzgeberisch handeln müssten. Zum Beispiel durch Begrenzung der Leiharbeit und der befristeten Verträge. „In der Grundsicherung kommt die Hälfte der Menschen, die wir auf dem Arbeitsmarkt integrieren konnten, innerhalb eines Jahres wieder zurück in die Arbeitslosigkeit. Das liegt an dem Wachstum der Zeitarbeit oder daran, dass mittlerweile jeder zweite Arbeitsvertrag befristet ist“, hatte Heinrich Alt, Vorstandsmitglied der Agentur für Arbeit, wenige Tage vor Veröffentlichung der neuen Arbeitsmarktzahlen in der „Berliner Zeitung“ erklärt. Darüber schweigt die Bundesregierung.

EU-Kommission fragt nach der Zukunft Europas

EU-Presse, 1.2., hav. Bis 2050 wird die Weltbevölkerung auf 9 Mrd. Menschen anwachsen, was gleichzeitig den Bedarf an Nahrungs- und Futtermitteln um 70% anwachsen lässt. Dieses dramatische Szenario lässt die EU-Kommission aufhorchen. Weiß man doch, dass schon heute die Nahrungsmittel knapp sind und es zuweilen schon Hungeraufstände wegen steigenden Brotpreisen gibt. Die EU-Kommission sieht dringenden Handlungsbedarf. In einer Mitteilung vom 1. Februar 2012 heißt es: „Damit Volkswirtschaften in diesem Zusammenhang florieren, müssen sie in Zukunft natürliche Ressourcen weit effizienter einsetzen. Die Art, wie wir konsumieren und produzieren, wird der Schlüssel zum Erfolg oder Misserfolg Europas bei diesem Unterfangen sein. Aus diesem Grund beabsichtigt die Kommission, die Verbrauchs- und Produktionspolitiken der EU zu überarbeiten, und hat eine öffentliche Konsultation eingeleitet, die bis zum 3. April laufen wird.“ Immerhin, innerhalb der nächsten zwei Monate sollen „interessierte Kreise“ Stellung dazu

nehmen, wie es dem europäischen Kapitalismus in Zukunft gelingen kann auf den Weltmärkten zu bestehen. Das Instrument der „öffentlichen Konsultation“ bedeutet, dass Einzelpersonen und Institutionen auf einen Fragenkatalog der Kommission antworten können. Es handelt sich um 50 Fragen aus folgenden Bereichen: „Politiken für Produktgestaltung, Recycling, Abfallbewirtschaftung usw.; umweltgerechtes öffentli-

ches Beschaffungswesen (öffentliche Stellen werden ermuntert, umweltfreundlichen Lösungen den Vorzug zu geben); Maßnahmen zur Verbesserung der Umwelteigenschaften von Produkten (ökologischer Fußabdruck von Produkten); Maßnahmen zur Verbesserung der Umwelteigenschaften von Organisationen (ökologischer Fußabdruck von Organisationen). Etwa die Hälfte der Fragen ist für die Allgemeinheit gedacht. Der Rest zielt vor allem auf spezialisierte Interessengruppen wie Regierungen, Industrieverbände und private Unternehmen ab.“ Das ganze Verfahren ist deshalb interessant, weil die EU-Kommission jetzt schon seit einigen Jahren an einem Programm für eine Neugestaltung des europäischen Kapitalismus arbeitet. 2008 veröffentlichte sie den „Aktionsplans für Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch und für eine nachhaltige Industriepolitik“. Im September des letzten Jahres kam der „Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa“ hinzu. Und eingebettet ist das Ganze in die „Strategie Europa 2020“ in der ein ganzes Bündel von Maßnahmen zur Reorganisation des Kapitalismus zusammengefasst ist, zumindest so, wie es sich die EU-Kommission vorstellt. Die Konsultation ist unter folgender Adresse zu finden: http://ec.europa.eu/environment/consultations_en.htm

Griechenland: nächste Runde der Sanierung

alk. Bei Redaktionsschluss scheint wahrscheinlich, dass die Verhandlungen der griechischen Staatsregierung mit der Troika (Europäische Kommission, Europäische Zentralbank, Internationaler Währungsfonds) einerseits und den privaten Gläubigern (Banken und Versicherungen) andererseits zu einem Schuldenschnitt führen werden und Griechenland weitere EU-verbürgte Kredite erhält. Die Trennung der Verpflichtungen des griechischen Staats gegenüber privaten und gegenüber staatlichen/öffentlichen Institutionen ist bedeutsam. Staaten können Ausgaben legitimieren, die dem All-

gemeinwohl dienen. Ein solches Ziel ist die soziale und politische Stabilisierung der EU. Eine Lebensversicherung, die Einzahlungen in griechischen Staatsanleihen anlegt, kann die späteren Rentner nicht mit einem Verweis auf ein solches Gut abfinden. In diesem Zusammenhang ist auch die Idee des „Sonderkontos“ verständlich, auf das ein Teil der griechischen Steuerleistung eingezahlt werden soll, um vorrangig die Gläubiger zu bedienen.

Durch Verweis auf diesen Sonderhaushalt ließen sich – vielleicht – auch private Investoren bewegen, an der Finanzierung griechischer Reformen mitzuwirken. Wohl kein Land der Moderne hat fällige Umstrukturierungen verrichten können, ohne ausländische Investoren oder ausländischen Kredit in Anspruch nehmen zu müssen.

Eine Um- oder Neustrukturierung der griechischen Staatsorganisation ist nach allgemeinem Urteil unumgänglich. Das Land hat den Weg zum modernen Steuerstaat noch nicht vollständig zurückgelegt. Es fehlt ein Grundstückskataster. Die Rentenverwaltung ist nicht geordnet. Diese Umbauten brauchen aber Zeit. Politische Normen müssen diskutiert und formuliert werden, geeignete Gesetze erlassen, beschlossen und durchgesetzt werden. In dieser Zeit des Umbaus wird die Wirtschaftsleistung nicht sofort steigen, die Wohlfahrt der Bevölkerung wird leiden. Die Steuereinnahmen werden sich nur langsam erholen.

Die Finanzierung dieses Umbaus kann nur über internationale Einrichtungen gelingen. Die Entkopplung der griechischen Staatsfinanzierung von den Anforderungen der Finanzmärkte birgt eine Chance. Wieviele Kommentatoren sagen, ist eine nächste Stufe eine Ordnung des Verwaltungsbetriebs, die dazu führt, dass über EU-Programme bereits finanzierte Vorhaben in Griechenland so realisiert werden können, dass sie nicht im Treibsand der Korruption versinken.

Es ist wirklich schade, dass die Sprachbarriere und die Kulturbarriere zu Griechenland so hoch sind, dass die Inhalte der griechischen politischen Diskussion kaum zu erschließen sind. Vielleicht wird sich hier etwas bessern, wenn der Blick auf das Land nicht durch die Brille wild ausschlagender Kursnotierungen von Staatsanleihen verengt wird.

Die „Politischen Berichte“ planen für die nächste Ausgabe eine Auseinandersetzung mit diesem Thema. Einige Materialien und Thesenansätze dazu sind im Rundschreiben Nr. 8 der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung vom November 2011 enthalten, siehe dort Seite 17, Christoph Cornides, Stichpunkte zur gegenwärtigen Kriege der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.

Können zivilgesellschaftliche Bewegungen weltweite Solidarität üben?

Die Münchener Sicherheitskonferenz ist in eine Entwicklung zwischenstaatlicher Beziehungen eingebettet, die sich unter dem Stichwort „Koalition von Willigen“ einordnen lässt. Das im völkerrechtlichen Sinne unverbindliche Treffen ermöglicht den Repräsentanten der militärisch mächtigen Staaten, Partner zu suchen und Widerstände abzuschätzen. Der alljährliche Auftrieb von Militärs und Diplomaten wird in der Stadt regelmäßige durch eine Reihe von friedenspolitischen Veranstaltungen sowie durch eine Demonstration zum Konferenzauftritt gekontert. Die Münchener Sicherheitskonferenz hat bei der Vorbereitung der Nato-Interventionen der letzten Jahrzehnte ihre rechtfertigende Funktion erfüllt. Es handelt sich um Instrument zur informellen Kriegserklärung, zur Einwerbung von Verbündeten und zur Isolierung des Gegners. Nicht zuletzt durch die permanent Jahr für Jahr erfolgte Gegenmobilisierung ist die Konferenz als Nato-Veranstaltung öffentlich begriffen worden. Inzwischen hat sich die Münchener Sicherheitskonferenz institutionalisiert. Sie hat sich als eingetragener Verein die Gemeinnützigkeit

bestätigen lassen, was wohl ihre Unabhängigkeit von der Nato unterstreichen soll und gleichzeitig das Sponsoring der werbenden Rüstungswirtschaft steuerlich begünstigt. Deutlicher als diese lächerlichen Verrenkungen legt der Terminplan des UN Sicherheitsrates die Vermutung nahe, dass es die Nicht-Nato-Mächte satt haben, sich am Nasenring durch den „Bayerischen Hof“ führen zu lassen. Die Behandlung der Syrien-Resolution an genau diesem Wochenende reduzierte die Sicherheitskonferenz auf ein Randereignis. Eine Grundkonstellation der neueren Nato-Politik – die Willigen finden sich und alle anderen stehen da – geriet durch die Gegenstimmen der VR Chinas und Russlands aus der Balance. Inzwischen leuchtet die Presse den Hintergrund dieser Resolution aus. Sie sollte Raum schaffen für Luftangriffe zur Ausschaltung der Luftwaffe Syrien und zur Bewaffnung der rebellierenden Bevölkerungsteile. Auch wird daran erinnert, dass Russland als Erbe der SU-Zeit, einen Flottenstützpunkt in Syrien unterhält; die Nato hätte das Mittelmeer lieber ungestört. – Wegen des Vetos im Sicherheitsrat ging der

große Auftritt der jemenitischen Friedensnobelpreisträgerin Tawakkul Karman ins Leere, die auf der Münchener Sicherheitskonferenz internationale Maßnahmen gefordert hatte, um die Menschen in Syrien vor der eskalierenden Gewalt zu schützen. – Wir dokumentieren zu diesem Punkt einen Aufruf der IPPNW.

Angesichts der Schrecken von Vorkriegsrepression, interventionistisch geförderten Bürgerkrieg und Nachkriegsrepression wird überdeutlich, dass die Nato-Interventionen die Gewalt nicht eindämmen, sondern eher entfachen. Es bleibt aber offen, wie zivilgesellschaftliche Bewegungen weltweite Solidarität üben und einen moderaten Verlauf unabweisbarer Umgestaltungen fördern können. Die Kritiken an der Politik der Nato-Staaten bei den diesjährigen Anti-SiKo-Aktionen spitzten sich auf das Thema der Rüstungsexporte zu. Der Export von Militärgütern hat aber nicht nur und vielleicht nicht einmal vor allem wirtschaftlichen Antrieb. Er gehört in ein Konzept auswärtiger Politik. Die Blockade der Nato durch das Veto der VR Chinas und Russlands im Sicher-

„Reaktionär“, „zum kotzen“ – oder einfach nur verzweifelt

Von: Redaktion Luzi-M

Ein harscher Absatz in einem luzi-m-Artikel zum Jahreswechsel führte zu teils heftigen Reaktion und internen Diskussionen. Eine Klarstellung.

„Reaktionär, reaktionärer, am reaktionärsten“ war ein Leser_innenbrief auf den luzi-m-Artikel „Auf ein entschlossenes 2012“ überschrieben, in dem die Frage aufgeworfen wurde, ob ein „möglichst präzises militärisches Vorgehen gegen das iranische Regime und sein Atomwaffenprogramm“ nicht vielleicht „besser“ sei, als das Regime bei seinen antisemitischen Drohungen und womöglich Planungen gewähren zu lassen.

Das war starker Tobak. „Zum Kotzen, auf was für einen Hund manche Linke mittlerweile gekommen sind“, meinte bikepunk089, wollte darin „die gleichen Sorgenfalten [...] wie einst der Fischjockey“ erkennen und fragte:

„Wann hat das letzte Mal ein militärisches Vorgehen Krieg zur tatsächlichen Absetzung eines autoritären, reaktionären Regimes geführt ohne dass ein neues folgte? Wann haben das

letzte Mal irgendwelche progressive Kräfte irgendwo auf der Welt davon profitiert, wenn gegen „ihre“ Staaten Krieg geführt wurde? Wenn trifft der „möglichst präzise“ Krieg, und wer stellt sich die Frage, was denn nun besser sei? Wie wird in euren Hirnen aus der Ablehnung von Kriegsdrohungen der Schutz eines Regimes? Und wann seid ihr von welchem Baum gefallen, dass ihr euch ähnliche Fragen nicht selber stellt?“

In einer nachgereichten Anmerkung und einer redaktionsinternen Diskussion rechtfertigte der Autor des luzi-m-Artikels (der nicht die Meinung aller Redaktionsteilnehmer_innen widerspiegelt) die Zeilen mit „einer Ratlosigkeit“ darüber, dass weite Teile der Linken die Bedrohung Israels durch das iranische Regime und sein mutmaßliches Atomwaffenprogramm schlicht ignoriere, „wenn nicht gar leugnet“.

Das Ergebnis jener Diskussion sei hier kurz dargestellt:

1. Es ist richtig, dass nicht unerhebliche Teile der Linken die Bedrohung Israels durch das iranische Regime nicht ernst genug nehmen, herunterspielen oder leugnen. Eine

Antwort auf diese Drohungen und diese iranische Agenda lassen insbesondere antimilitaristische Linke nicht erkennen.

2. Dies aber kann und darf für progressive Linke kein Grund sein, ein kriegerisches Vorgehen gegen das iranische Regime gutzuheißen oder zu rechtfertigen.
3. Aus der historisch einmaligen Situation des deutschen Nationalsozialismus und des zweiten Weltkrieges lässt sich kein Kanon irgendeiner „progressiven“ Kriegsführung für heute ableiten.
4. Eine emanzipatorische Linke sollte auf antifaschistischer und antimilitaristischer Grundlage Position gegen die iranischen Ausfälle gegen Staat und Bewohner_innen Israels finden und beziehen. Dazu gehört der Kampf gegen atomare Aufrüstung ebenso wie die Ablehnung des (westlichen) Kriegsgetöses.
5. Bei aller „Sorge“ bleibt es die vorrangige Aufgabe einer antifaschistischen Linken hier, gegen antisemitische Argumentationsmuster hier und auch in der hiesigen Linken anzukämpfen.

heitsrat befeuert die Diskussion um die Restrukturierung der Vereinten Nationen. Linke Politik, Parteipolitik, Friedenspolitik, Antikriegspolitik wird sich mit der Frage der Ausgestaltung der UNO und der Gewährleistung von Menschenrechten durch deren Institutionen beschäftigen müssen. Jahrzehntlang hatte Friedenspolitik in Deutschland einen einfachen und wirksamen politischen Hebel. Die allgemeine Wehrpflicht in Verbindung mit dem Recht auf Kriegsdienstverweigerung machte die Antikriegspropaganda zu einer realen Macht. Bereits der Jugoslawienkrieg zeigte, dass die Haltung der Verweigerung, die in der Zeit der Blockkonfrontation zur Stabilisierung des Nicht-Kriegs beigetragen hatte, die Bundesrepublik nicht mehr

an der Kriegführung hindern konnte. Dieses Problem linker Friedenspolitik harrt der Bearbeitung.

Mit dieser Problematik der Gewährleistung von Menschenrechten eng zusammen hängt die Spaltung der Friedensbewegung – das Wort ist nicht übertrieben – in der Iran-Frage zusammen. Hier wiederholt sich die Konstellation vor der Jugoslawien-Intervention. Rechtzeitig zu der wichtigen Sitzung des Sicherheitsrates und dem von seiner Bedeutung überzeugten Münchner-SiKo-Treff brachte Iran einen Satelliten in die Erdumlaufbahn. Damit gewinnt die – mögliche – Atombewaffnung Irans eine neue Qualität. Eine Weltraummacht kann jeden Punkt der Erde beobachten, anpeilen, ansteuern und mit kaum abzuwehrenden Kampf-

mitteln treffen. Die Drohungen Irans gegen den Bestand Israels gewinnen an Realität. Gerade weil seine Machtmittel zunehmen, müsste sich das iranische Regime in seinen politischen Äußerungen zügeln. Das geschieht nicht. Rund um die SiKo-Diskussion thematisierte die Münchner Webseite www.luzi-m.org die Problematik, ein Autor ging so weit, gezielten Militärschlägen gegen Iran das Wort zu reden, das führte zu heftigen Polemiken. Wir dokumentieren die Klarstellung der Redaktion von Luzi-M, die Halt in spezifischen Aufgaben von Friedenspolitik in Deutschland sucht. Aber auch in diesem Problemfeld wird die Frage nach den Normen zwischenstaatlicher Beziehungen nicht zu überhören sein und Beantwortung fordern.

Martin Fochler

IPPNW: Gewalt in Syrien stoppen – Krieg verhindern!

Seit Wochen mehren sich die Berichte über eine Eskalation der Gewalt in Syrien. Laut UNO haben dort bereits mehrere tausend Menschen ihr Leben verloren. Und internationalen Medien zufolge werden immer mehr Pläne für eine westliche Militärintervention geschmiedet.

Gestern hat nun die jemenitische Friedensnobelpreisträgerin Tawakkul Karman auf der Münchner Sicherheitskonferenz zu Recht gefordert, internationale Maßnahmen zu ergreifen, um die Menschen in Syrien vor der eskalierenden Gewalt zu schützen. Bei ihrer Sicht auf die Dinge übersieht sie aber, dass Russland und China solche Maßnahmen keineswegs ablehnen. Vielmehr hatte Russland erklärt, es würde der UN-Resolution zu Syrien zustimmen, wenn sie eine Militärintervention von außen ausschließe und nicht nur von der syrischen Regierung, sondern auch von der Opposition Gewaltverzicht fordere. Anders als in den hiesigen Medien dargestellt sind daher für das gestrige Scheitern der Resolution im Weltsicherheitsrat keineswegs nur Russland und China verantwortlich, sondern in hohem Maße der Westen, der seit Wochen einen konsequent friedensorientierten Resolutionswortlaut ablehnt.

Als Mitglieder der internationalen Ärzteorganisation IPPNW (ebenfalls Trägerin des Friedensnobelpreises) sind wir zutiefst besorgt über die immer größere Zahl von Opfern der Gewalt im Lande, darunter eine große Zahl von primär Unbeteiligten. Auch zahlreiche Ärztinnen und Ärzte sowie andere an der Versorgung der vielen Verletzten Beteiligten sind betroffen. Als deutsche Sektion der IPPNW warnen wir aber auch vor einer noch darüber hinaus gehenden Gefahr: Eine westliche Militärintervention kann eine Dynamik in Gang setzen, die weitere Länder wie den Iran erfasst, und schließlich zu einem Flächenbrand der

gesamten Region führen – die mit Europa direkt benachbart ist. Wenn die Nato darin verwickelt ist, kann dies letztlich sogar in eine offene Konfrontation zwischen den atombewaffneten Großmächten münden.

Denn es mehren sich die Hinweise, dass die innersyrischen Konflikte wie der Kampf um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zunehmend von externen Akteuren für eigene Machtinteressen benutzt und hierzu geschürt werden: Offenbar wird nicht nur die syrische Regierung von Russland mit Waffen unterstützt. Sondern die Aufständischen erhalten große Geldbeträge aus mit dem Westen verbündeten Golfstaaten und Waffen über die türkische Nato-Basis Incirlik sowie Unterstützung von Söldnern aus dem Ausland, etwa aus Libyen. Viele Menschen in Syrien und insbesondere friedliche Teile der Opposition beklagen, dass so die gewaltfreien Perspektiven der seit Jahren fortschreitenden Reformbewegung zerstört werden. Mit der Konsequenz eines immer größeren Blutbades zwischen den Bürgerkriegsparteien und immer mehr auch zivilen Opfern. Wer meint, es sei legitim, durch Schüren der innersyrischen Konflikte einen prowestlichen „Regime Change“ in Damaskus herbeizuführen, um einen Krieg gegen den Iran leichter führbar zu machen und zugleich Russland seiner Marinebasis am Mittelmeer zu berauben, muss sich den Vorwurf der Vorbereitung eines Stellvertreterkrieges und damit eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit gefallen lassen.

Als Mitglieder der ärztlichen Friedensorganisation IPPNW appellieren wir daher:

– an die Nato und insbesondere an die deutsche Bundesregierung: Sorgen Sie umgehend für die Unterbindung des heimlichen Transfers westlicher Waffen nach Syrien! Erteilen Sie allen Plänen für eine westliche Mili-

tärintervention in Syrien eine klare Absage! Auch Embargos sind keine Lösung. Suchen Sie stattdessen die Verständigung mit allen Beteiligten und gehen Sie hierzu insbesondere auch auf Russland zu!

– an die russische Regierung: Bringen Sie jetzt umgehend Ihrerseits einen Resolutionsentwurf in den Weltsicherheitsrat ein, der konsequent friedensorientiert ist. Dies schließt ein, nicht nur die weitere Bewaffnung der syrischen Opposition abzulehnen, sondern auch die der syrischen Regierung. Und erfordert verstärkte Anstrengungen für die Schaffung friedlicher Alternativen wie internationale Gespräche mit allen Konflikt- und Interessenparteien!

– an die Arabische Liga: Nehmen Sie Ihre Beobachtermission wieder auf. Und stärken sie deren Erfolgsaussichten durch einen Appell an Ihre Mitgliedsländer: Ebenso wie die Großmächte mögen sie umgehend alle Aktivitäten unterbinden, die die Gewalt in Syrien schüren, und stattdessen alle denkbaren Ansätze für eine friedliche Lösung fördern!

– an die syrische Regierung und Opposition:

Rücken Sie von unerfüllbaren Maximalforderungen ab und akzeptieren Sie Verhandlungen. Verhindern Sie so, dass Ihr Land im Blutbad eines von äußeren Interessen angeheizten Stellvertreterkrieges versinkt! Beenden Sie die Zerstörung der zivilen Infrastruktur Ihres Landes und beenden Sie alle Angriffe auf Krankenhäuser, Ärzte und anderes medizinisches Personal!

Ärzte kämpfen für Frieden. Denn Krieg zerstört Leben und Gesundheit. Und Krieg zerstört Menschenrechte. Krieg schafft keinen Frieden.

Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) Friedensnobelpreis 1985

Polizei dirigiert die Kinder- und Jugendhilfe in Hamburg und missachtet den Datenschutz

Die Lenkungsgruppe der Staatsräte des Hamburger Senats hat am 11. Juli 2011 beschlossen, dass die Polizei Hamburg eine Koordinierungsstelle für die behördenübergreifende Beobachtung von delinquenten Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden einrichtet, ohne gesetzliche Bestimmungen des Datenschutzes zu berücksichtigen.

Als Koordinierungsstelle fungiert der Präsidialstab 3 der Polizei. Aufgabe dieses Präsidialstabes ist die „Koordination der zwischen den Behörden abgesprochenen Maßnahmen“ gegenüber delinquenten Jugendlichen „sowie die Durchführung von Fallkonferenzen“. Dies geht aus den Antworten des Senats auf zwei Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft hervor. (BüDrs. 20/1947, 20/2077)

Zentrale Datensammlung der Polizei

Zentrales Instrument der polizeilichen Koordinierungsstelle ist eine Datensammlung mit dem Namen „Obachtliste Gewalt unter 21“, die seit dem 26. September 2011 der Polizei zur

Präsidialstabes 3. Diese sieben Polizeibediensteten haben die Berechtigung personenbezogene Daten in die Datei einzugeben, insbesondere „Namen, Geburtsdatum, Anschrift etc., sowie die mit der Person befassten Dienststellen und Ansprechpartner“. Außerdem tragen „alle beteiligten Dienststellen“ „nach festgelegten Kriterien“ „den Status eines Falles aus Sicht der eingebenden Dienststelle“ in die Datenbank ein. Die beteiligten Dienststellen sind Dienststellen der Behörde für Schule und Berufsbildung, insbesondere Schulen sowie die Regionalen Beratungs- und Unterstützungsstellen (REBUS) bzw. die Beratungsstelle Gewaltprävention, sowie Dienststellen der Jugendhilfe, insbesondere das Familieninterventionsteam (FIT) und gegebenenfalls der Allgemeine Soziale Dienst (ASD). An der polizeilichen Datensammlung beteiligen sich auch die Jugendgerichtshilfe und die Jugendbewährungshilfe, alle Dienststellen der Polizei sowie die Staatsanwaltschaft. Die Koordinierungsstelle der Polizei hat den Zugriff auf alle Daten aller

chen Ausländerdienststellen sowie weitere Behörden oder Institutionen auf Nachfrage der Koordinierungsstelle. Deshalb ist zu vermuten, dass sich auch das Landesamt für Verfassungsschutz im Einzelfall an den Fallkonferenzen beteiligt.

Grün, Gelb und Rot

Die Dienststellen der Behörde für Schule und Berufsbildung, der Jugendgerichtshilfe und der Jugendbewährungshilfe, des FIT und des ASD, der Polizei und der Staatsanwaltschaft stellen nach eigenen Kriterien die Ampeln in ihren Datensätzen von grün auf gelb und von gelb auf rot; insgesamt handelt es sich um 57 Ampel-Kriterien. Im Bereich der Schule wird die Ampel beispielsweise auf „gelb“ gestellt, wenn mehr als fünf Fehltag zu verzeichnen sind oder wenn „Beratungstermine bzw. Beratungsangebote nicht angenommen“ werden. Dafür erfragt die Beratungsstelle Gewaltprävention im Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung anhand der Obachtliste der Polizei in den jeweiligen Schulen nach, ob sich entsprechend der Kriterien etwas bei den Schülerinnen und Schülern verändert hat. Im Bereich der Jugendgerichts- und -bewährungshilfe werden die Ampeln auf „gelb“ gestellt, wenn die Jugendlichen sich in einer „persönlichen Krisensituation“ befinden. Diese personenbezogenen Daten und die zugehörigen Ampelfarben werden der Koordinierungsstelle der Polizei über einen Microsoft-Share-Point im FHHPortal übermittelt.

Anzahl der personenbezogene Daten und Speicherfristen

Derzeit sind 10 Kinder, 135 Jugendliche und 144 Heranwachsende in der Datensammlung gespeichert (Stand 27.10.2011). Die Daten der Kinder, Jugendlichen und Heranwachsenden werden grundsätzlich erst mit der Vollendung des 21. Lebensjahres oder nach Ablauf von zwei Jahren ohne Fallkonferenz aus der Datei gelöscht. Auf Anregung einer Behörde oder der Koordinationsstelle kann die Löschung nach Rücksprache mit anderen Behörden auch vorher erfolgen.

[Es folgt eine ausführliche rechtliche Würdigung der polizeilichen Datensammlung, die hier aus Platzgründen entfallen muss (vollständig unter www.grundrechte-kampagne.de), mit dem folgenden Fazit:]



Das Hamburger „10-Säulen-Konzept gegen Jugendgewalt“: Durchsetzung der Schulpflicht; Gewaltprävention im Kindesalter (early-starter); Stärkung der Verbindlichkeit erzieherischer Maßnahmen in der Schule; Anzeigepflicht an Schulen; Verstärkung der Cop4U an Schulen; Präventionsunterricht an Schulen; Ausgleich mit Geschädigten; Gemeinsame Fallkonferenzen; Projekt Täterorientierte Kriminalitätsbekämpfung „PROTÄKT“ und „PriJuS“; Opferschutz). Auf den ersten Blick ähnelt es den zahlreichen Projekten, die es anderswo – zum Teil in den Kommunen, zum Teil auf Länderebene – gibt. Auffällig sind aber das Schwergewicht auf Repression und die Federführung durch die Polizei.

Verfügung steht. Zugriff auf diese zentrale Datensammlung haben vier Koordinatoren der Fallkonferenzen in der Koordinierungsstelle sowie drei weitere Mitarbeiter des polizeilichen

beteiligten Dienststellen in Form einer Leseberechtigung. An den Fallkonferenzen beteiligen sich gegebenenfalls auch JugendrichterInnen, die Zentrale Ausländerbehörde und die Bezirksli-

Die polizeiliche Datensammlung ist rechtswidrig

Die Einrichtung der „Obachtliste“ als polizeiliche Datensammlung sowie die Übermittlung personenbezogener Daten an die Polizei Hamburg ist offensichtlich rechtswidrig, da keine Errichtungsanordnung vorliegt. Die rechtswidrige Datensammlung bei der Polizei Hamburg muss deshalb unverzüglich gelöscht werden.

Kriminalprävention, Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und Vertrauensschutz als Grundlage sozialer Arbeit

Prof. Dr. Heribert Ostendorf hat in seinem Aufsatz zu Chancen und Risiken von Kriminalprävention folgendes ausgeführt: „Es gilt, Zuständigkeiten zu wahren. Das Jugendamt ist primäre Präventionsbehörde für Jugendliche und nicht die Polizei. Es gilt, Datenschutz auch bei der Kriminalprävention zu wahren. Die polizeiliche Vorbeugehaft der Nazis, die der damalige Innenminister von Preußen Göring im Jahre 1933 mit dem Argument der vorbeugenden Verhinderung von Straftaten eingeführt hat, sollte ein abschreckendes Beispiel sein. Zur Wahrung rechtsstaatlicher Grenzen ist in Parallele zum Strafgesetz ein Präventionsgesetz zu fordern.“

Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung – Vertrauensverhältnis als Grundlage sozialer Arbeit

In das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung darf nur auf gesetzlicher Grundlage eingegriffen werden. Der Senat ist der Auffassung, dass die Datenspeicherung und die Übermittlung der personenbezogenen Daten zur „Verhütung von Straftaten“ nach dem Gesetz über die Datenverarbeitung der Polizei gerechtfertigt sind. Klassische Aufgabe der Polizei ist die Abwehr von konkreten Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Diffuse Anhaltspunkte über Lebensumstände, Erkenntnisse aus Sozialdaten oder die Anzahl der Fehlzeiten von Schülerinnen und Schülern in der Schule sind aber keine Sachverhalte, die konkrete Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung begründen und dürfen deshalb auch nicht an die Polizei übermittelt werden. Die zentrale Anschlussfrage ist deshalb, auf welcher Rechtsgrundlage die Übermittlung von personenbezogenen Daten der beteiligten Behörden an die Polizei erfolgt.

Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe sowie Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule

Kinder- und Jugendhilfe ist keine Aufgabe der Polizei, sondern nach dem SGB VIII Aufgabe von öffentlichen und freien Trägern. SozialpädagogInnen

und SozialarbeiterInnen bauen in ihrer Arbeit ein besonderes Vertrauensverhältnis zu delinquenten Kindern und Jugendlichen auf. Dieses Vertrauensverhältnis wird aus sozialpädagogischer Sicht zerstört, wenn Jugendhilfeeinrichtungen, die Jugendgerichtshilfe und die Jugendbewährungshilfe zu Informanten bzw. Denunzianten gegenüber den Strafverfolgungsbehörden, insbesondere der Polizei, werden. Für die Jugendhilfe gelten ausschließlich die Vorschriften des SGB X und des SGB VIII. In diesen Gesetzbüchern sind keinerlei Übermittlungsbefugnisse an die Polizei ersichtlich. Jede Sozialpädagogin und jeder Sozialarbeiter, die bzw. der personenbezogene Daten übermittelt, macht sich gemäß § 203 Abs. 1 Nr. 5 des Strafgesetzbuches strafbar. Die Strafbarkeit des Bruchs der Schweigepflicht ist natürlich unabhängig davon, ob die Lenkungsgruppe der Staatsräte sich eine Übermittlung der personenbezogenen Daten wünscht. Es ist deshalb politisch und juristisch nicht vertretbar, dass sich die Jugendhilfeangehörigen einer Gefahr der Strafverfolgung aussetzen, um der Polizei eine lückenlose Überwachung im ausufernden Vorfeld einer konkreten Gefahr zu ermöglichen.

Das gleiche Prinzip gilt für die Schulen. Das pädagogische Vertrauensverhältnis, als Grundlage des Bildungs- und Erziehungsauftrags wird zerstört, wenn Lehrerinnen und Lehrer die Nichtteilnahme an Beratungsgesprächen oder Fehlzeiten von Schülerinnen und Schülern an die Polizei weiterleiten müssen.

Aufgaben der Jugendgerichts- und -bewährungshilfe

Aus rechtsstaatlicher Sicht unverantwortlich ist es überdies, wenn neben der Jugendhilfe auch die Jugendbewährungshilfe und die Jugendgerichtshilfe zu Erfüllungsgehilfen der Polizei werden. Aufgabe der Jugendgerichtshilfe ist es, die delinquenten Jugendlichen und ihre Familien zu beraten, an Gerichtsverhandlungen teilzunehmen und Vorschläge für ein mögliches Urteil zu unterbreiten. Für die Jugendbewährungshilfe heißt es in § 25 JGG sogar ausdrücklich: „Der Bewährungshelfer wird vom Richter bestellt. Der Richter kann ihm für seine Tätigkeit nach § 24 Abs. 3 Anweisungen erteilen. Der Bewährungshelfer berichtet über die Lebensführung des Jugendlichen in Zeitabständen, die der Richter bestimmt. Gröbliche oder beharrliche Verstöße gegen Weisungen, Auflagen, Zusagen oder Anerbieten teilt er dem Richter mit.“ Aus dieser gesetzlichen Vorschrift resultiert eindeutig, dass die Jugendgerichtshilfe nur der Jugendrichterin bzw. dem Jugendrichter und nicht gegenüber den Strafverfolgungsbehörden eine Informationspflicht hat.

Eine Einwilligungserklärung zur Übermittlung von personenbezogenen Daten an die Polizei durch ein „Einwilligungserklärungsformular“, welches bereits drei delinquente Jugendliche in Hamburg unterschrieben haben, ist ein juristischer Trick, der den Datenschutz gewährleisten soll, aber die Jugendlichen faktisch weiterer Strafverfolgung ausliefert, weil die Polizei dem Legalitätsprinzip verpflichtet ist. Auch hier werden die dringend notwendigen Vertrauensverhältnisse zerstört. Den Wortlaut des Formulars für die Einwilligungserklärungen hält der Senat unter Verschluss, genauso wie die Geschäftsordnung der Fallkonferenzen.

Der dringende Appell von Fachleuten

Die Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe (DVJJ) hat in ihrem Positionspapier zur Jugendkriminalprävention folgende Beschlüsse gefasst:

„Jugendhilfe muss bei auf- und straffälligem Verhalten das Ziel der Entstigmatisierung, der Entdramatisierung und Entkriminalisierung kontinuierlich, fachlich und professionell verfolgen. Eine vorhandene hohe und qualitative Fachlichkeit der Jugendhilfe bei der Auswahl von individuellen und an den Bedürfnissen orientierten Leistungsangeboten entspricht dem Subsidiaritätsprinzip des Jugendstrafrechts, nach dem erzieherische Rechtsfolgen den repressiven Sanktionen vorgehen.“

Rechtsstaatlichkeit verlangt eine klare, erkennbare und verlässliche Rollenverteilung hoheitlicher Institutionen. Rechtsstaatlichkeit setzt voraus, dass insbesondere die Institutionen der Hilfe und Unterstützung einerseits und der Kontrolle und Sanktionierung andererseits klar getrennt sind und sich ihre inneren Handlungslogiken erhalten. Kriminalprävention tendiert jedoch dazu, diese Rollenverteilung zu überwinden.

Aus dem Gebot der Rollenklarheit leitet sich die Schlussfolgerung ab,

- dass im Rahmen von Kriminalprävention zwar unterschiedliche Institutionen zusammen arbeiten (sollen),
- dass aber jede Institution ihren Aufgaben und fachlichen Handlungslogiken treu bleiben muss und nicht Aufgaben anderer Institutionen übernimmt,
- dass jede beteiligte Institution auf der Grundlage ihrer originären Gesetzesgrundlage agiert,
- dass der Datenschutz beim Informationsaustausch zu beachten ist und nicht als lästige Einschränkung übergangen werden darf.“

Fazit

Die „Obachtliste“ ist eine polizeiliche Vorratsdatenspeicherung, die der permanenten Überwachung, Dramatisie-

rung und Kriminalisierung von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden dient. An den Fallkonferenzen, die von der Koordinierungsstelle der Polizei einberufen werden, dürfen weder die Jugendlichen selbst, noch ihren Eltern oder ihr Rechtsbeistand teilnehmen. Der Polizei wurde von den Staatsräten die Federführung im Bereich der Prävention von Jugendkriminalität übertragen. Deshalb soll die Polizei alle Sozialdaten ausspionieren, die ihr von verschiedensten Akteuren übermittelt werden. Deshalb soll die Polizei die Fallkonferenzen einberufen und sogar die behördlichen Maßnahmen der Jugendhilfe in Hamburg koordinieren.

Der Grundsatz der datenschutzrechtlichen Gewaltenteilung ist mit der Federführung, Koordinierung und Vorratsdatenspeicherung der Polizei zur Prävention der Jugendkriminalität aber unvereinbar. Der Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit wird überdies missachtet, weil die Institutionen der Hilfe und Unterstützung einerseits und die Institutionen der Kontrolle und Sanktionierung andererseits in keiner Weise klar getrennt sind. Die Staatsräte haben die Institutionen der Jugendhilfe und die Schulen zu Informanten der Polizei degradiert – und aus dem Polizeipräsidium dirigieren jetzt sieben PolizistInnen anhand ihrer „Obachtliste“ die Jugendhilfe.

Die Linke setzt sich für einen Paradigmenwechsel ein: wir wollen die Ursachen der Jugendkriminalität bekämpfen und nicht die Jugendlichen. Deshalb befürworten wir dezentrale, sozial-räumliche Fallkonferenzen der Jugendhilfe mit den Jugendlichen, um konkrete Perspektiven für und mit den Jugendlichen zu entwickeln – das geht am Besten ohne die Strafverfolgungsbehörden.

Bela Rogalla, 20.11.2011

Bela Rogalla ist Mitarbeiter von Christiane Schneider, Linken-Abgeordnete in der Hamburger Bürgerschaft.

Hinweis und Korrektur

In der vorigen Ausgabe der Politischen Berichte sind bei dem Artikel „Nachbarschaftspolitik und östliche Partnerschaft“ von Anne Striethorst (Rosa-Luxemburg-Stiftung) durch eine Unachtsamkeit die Fußnoten entfallen. In der Internetfassung (http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Ausland/Osteuropa/Osteuropanachrichten_4_2011.pdf) können sie nachgelesen werden. Wir bitten um Entschuldigung.



Österreich: Gesundheits- und Sozialbereich nicht krank sparen

Am 1. Februar demonstrierten mehr als 6 000 Menschen in Wien, Linz, Graz und Klagenfurt, es gab einen Aktionstag im privaten Gesundheits- und Sozialbereich mit 300 Betriebsversammlungen österreichweit. Für einen Caritas-Kollektivvertrag beteiligten sich mehr als 100 BetriebsrätInnen an einer Mahnwache. Die Forderung lautet, eine kräftige Lohn- und Gehaltserhöhung für die mehr als 100 000 Beschäftigten im privaten Gesundheits- und Sozialbereich.

Wir können nicht zulassen, dass der gesamtgesellschaftlich so wichtige Gesundheits- und Sozialbereich krank gespart wird, sind sich die Gewerkschaften GPA-djp und vida einig. Anlass für die Kundgebungen: Nach mehreren Verhandlungsrunden verweigern die Arbeitgeber den Beschäftigten sowohl beim BAGS-Kollektivvertrag (Berufsvereinigung von Arbeitgebern für Gesundheits- und Sozialberufe) als auch beim Caritas-Kollektivvertrag eine faire Einkommenserhöhung. Die Angebote liegen nach wie vor unter der Teuerungsrate, die im Jahresschnitt 2011 bei 3,3 Prozent lag. Von der GPA-djp zogen die DemonstrantInnen vor das Büro des BAGS-Arbeitgeberverbandes zur Abschlusskundgebung.

Die Kollektivvertragsverhandlungen mit der Berufsvereinigung der Arbeitgeber im Gesundheits- und Sozialbereich (BAGS) werden am 20. Februar fortgesetzt, jene mit der Caritas am 22. Februar. Sollte es bei diesen Terminen zu keiner Einigung kommen, ist mit weiteren gewerkschaftlichen Maßnahmen zu rechnen.

Der BAGS-Kollektivvertrag gilt für rund 90 000 Beschäftigte aus dem privaten Sozial- und Gesundheitsbereich, der Caritas-Kollektivvertrag für die rund 12 000 Beschäftigten der Caritas. Große Arbeitgeber in der BAGS sind beispielsweise das Österreichische Hilfswerk, die Lebenshilfe Österreich, die Volkshilfe, Caritas Socialis, das Kuratorium Wiener Pensionisten

Wohnhäuser, das Berufliche Bildungs- und Rehabilitationszentrum (BBRZ) oder die Jungarbeiterbewegung.

Quelle: <http://www.vida.at> (österreichische Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft)

Schweiz: Mindestlohninitiative eingereicht

Die Präsidentin Katharina Prelicz-Huber vom Vpod (Schweizerische Verband des Personals öffentlicher Dienste) erklärte bei der Einreichung



der Mindestlohn-Initiative, warum Mindestlöhne für Frauen von besonderer Bedeutung sind. Rund 400 000 Erwerbstätige in der Schweiz verdienen (hochgerechnet auf 100%) weniger als 4 000 Franken (rund 3.300 Euro) pro Monat! Das reicht nicht zur Existenzsicherung der Familie! Trotzdem wächst der Druck auch auf die anderen Löhne – gerade in Krisenzeiten. Einmal mehr sind Frauen deutlich mehr betroffen: Von den 400 000 Tiefstlöhner/-innen sind 300 000 Frauen! Wen wundert's, sind doch Frauen:

- trotz Lohngleichheitsgebot in der Bundesverfassung immer noch mit 20 % tieferen Löhnen als Männer bedient,
- in „Frauenberufen“ wie in der Pflege, im Sozialbereich, als Coiffeuse, als Hausangestellte, im Verkauf, in der Gastgewerbe oder in der Reinigung tätig, die schlechter bezahlt sind als Männerberufe,
- überproportional vertreten in prekären Arbeitsverhältnissen ohne Festanstellungen, nur im Stundenlohn oder mit einer Arbeit auf Abruf. Viele Frauen können wegen der Betreuung der Kinder nur Teilzeit arbeiten, was die finanzielle Situation noch verschlimmert – faktisch

eine doppelte Ausbeutung!

Im öffentlichen Dienst ist ein Mindestlohn von 4 000 Franken glücklicherweise durchgesetzt! Ein Erfolg des vpod und anderer Gewerkschaften.

Werden aber Verwaltungsabteilungen ausgelagert, was immer mehr praktiziert wird, nicht zuletzt aufgrund von Sparanträgen, sinken außer bei den Managern meist auch die Löhne. Typisches Beispiel ist die Reinigungsbranche mit einem Mindestlohn von etwas über 17 Franken je Stunde (ca. 14 Euro). In Genf hat der vpod deshalb erfolgreich für die Heraufsetzung des Mindestlohns gestreikt.

Probleme bereiten zunehmende Versuche der Individualisierung von Arbeitsverträgen und damit die Aufweichung von Personalverordnungen. Deshalb ist die Festlegung der Mindestlöhne auf 4 000 Franken auch für die vpod-Branchen von zentraler Bedeutung. Was im öffentlichen Dienst heute als Minimallohn gilt, muss auch in Zukunft für alle gelten!

Die Kosten wären alleweil tragbar. Die Produktivitätssteigerung der letzten 20 Jahre erreichte über 20%, kam aber bis jetzt nicht den Arbeitnehmer/-innen zugute, wie dies von der Arbeitgeberseite versprochen wurde. Diese Steigerung wurde auch möglich wegen dem enormen Einsatz von Frauen – im Erwerbsleben und ehrenamtlich zuhause! Studien zeigen, dass Frauen insgesamt deutlich mehr arbeiten als Männer und ohne sie ganze Wirtschaftszweige kollabieren würden. Die Frauen würden überproportional profitieren von der Initiative. Recht so, sind sie doch heute auch überproportional benachteiligt! JA zu einem Minimum von 4 000 Franken monatlich für alle!

Quelle: <http://www.vpod.ch/> 23.01.2012

Großbritannien: Streik Unilever-Arbeiter

Nach dem erfolgreichen landesweiten 24stündigen Streik bei Unilever UK, dem ersten überhaupt, am 9. Dezember des letzten Jahres haben die Gewerkschaften an den 13 Standorten von Unilever im Vereinigten Königreich (VK) für eine neue Streikrunde gestimmt, die am 17. Januar beginnen wird und bis zu zwölf Tagen dauern soll. Damit



verschärfen die Gewerkschaften ihren Kampf um die Wiedererlangung des auf dem letzten Gehalt beruhenden Rentensystems – und sie zeigten ihre

Entschlossenheit mit einer energischen Protestkundgebung vor der Zentrale des Unternehmens am 10. Januar in London. Das auf dem letzten Gehalt beruhende Rentensystem wurde im Jahr 2008 für Neuankömmlinge geschlossen – vordergründig, um die Leistungen der bestehenden 5000 Mitglieder zu wahren. Zum 1. Januar 2012 wurde aber die Altersversorgung aller Beschäftigten, für die noch das frühere System in Kraft war, auf ein neues, schlechteres System umgestellt – mit durchschnittlich 20% niedrigeren und zum Teil 40% niedrigeren Leistungen.

Im letzten Jahr, als die Diskussionen über das Rentensystem im Gang waren, wurde den Gewerkschaften plötzlich mitgeteilt, dass Unilever eine globale Politik des Übergangs von Systemen mit festgelegten Leistungen, wo solche bestehen, zu Systemen mit festgelegten Beiträgen umgesetzt habe. In einer offiziellen Erklärung vom 21. Juli wies der Europäische Betriebsrat von Unilever darauf hin, dass Beschlüsse über die VK-Rentensysteme im Namen einer globalen Politik umgesetzt würden, dass aber die Beschäftigten, denen gegenüber auch erklärt wurde, Renten seien eine rein nationale Angelegenheit, an den Verhandlungen über diese Frage nicht teilgenommen hätten und dass sie im Fall Europas nicht einmal „konsultiert“ worden seien.

Mitglieder der drei VK-Gewerkschaften, die die Beschäftigten von UK Unilever vertreten – GMB, Unite und USDAW –, drehten eine Runde um die Innenstadt von London in einem offenen, mit Spruchbändern geschmückten Bus, um sich für die Kundgebung in Stimmung zu bringen. Der Betriebsratsvorsitzende von Unite Port Sunlight, Bill Hodgson, die nationale Unite-Funktionärin Jennie Formby und der Generalsekretär von Unite, Len McCluskey, wandten sich an die lebhaftere Kundgebung, wo sich eine kleine Gruppe der „Occupy the London Stock Exchange“-Bewegung den Gewerkschaftsmitgliedern anschloss.

In einem Schreiben an die Unilever-Aktionäre einen Tag vor der Kundgebung stellte Mc Cluskey fest, dass der Rentenfond finanziell gut ausgestattet sei, und stellte die einschneidenden Kürzungen, die den Rentnern aufgezogen würden, der Tatsache gegenüber, dass „Paul Polmans Gesamtbezüge im Jahr 2010 54.236.511 Euro betrugen, eine massive Erhöhung um 673% gegenüber dem Vorjahr, das ihm bereits ein Plus von 87% im Vergleich zu 2008 bescherte ... Die Aktionen der Unilever-Konzernleitung stehen in krassem Gegensatz zu den Erklärungen des Unternehmens zur sozialen Unternehmensverantwortung. Im Herbst 2010 kündigte das Unternehmen an, es werde sich auf eine nachhaltige Unternehmensstrategie konzentrieren,

den ‚nachhaltigen Lebensplan‘. Das soziale Verhalten eines Unternehmens ist ein wesentlicher Bestandteil der Nachhaltigkeit. Wenn man die Sicherheit der Altersversorgung der Arbeitnehmer/innen gefährdet und sie attackiert, wenn sie ihre grundlegenden Rechte ausüben, schafft man keine motivierte Belegschaft.“ Die Gewerkschaft forderte die Aktionäre nachdrücklich auf, auf eine Rückkehr zu konstruktiven Verhandlungen zu dringen.

Quelle: <http://cms.iuf.org> 13.1.2012

Brasilien: Sieg für Sicherheitskräfte nach Vier-Tage-Streik

Nach einem historischen Vier-Tage-Streik haben die Sicherheitskräfte in Brasilien Lohnerhöhung, Gefahrenzulage und andere Vorsorgeleistungen, so u. a. Essengeld erreicht. Der Vier-Tage-Streik wurde von 90 Prozent der Arbeiter getragen, 80 Prozent der Banken in der Stadt Brazil waren geschlossen. Das Bewachungspersonal sammelte sich am 30. Januar vor dem Arbeitsministerium, wo die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiter und den Arbeitgebern stattfand. Mit dem neuen Abkommen wurde vereinbart, dass die Sicherheitsarbeiter auch ihre Vergütung für die Streiktage erhalten. „Es war nicht leicht dieses Angebot



zu erreichen. Dank der massiven Beteiligung der Sicherheitskräfte, waren sie siegreich und erhielten einen Tarifvertrag oberhalb der Inflation, Risikoprämie und Essengeld“, sagte der Präsident der Gewerkschaft der Sicherheitskräfte in dem Bundesdistrikt (Sindesv-DF) und der Direktor von CNTV, Jervalino Rodrigues. Er bestätigte, dass die am Streik Beteiligten in keiner Weise bestraft würden. Die Sicherheitskräfte vor dem Ministerium riefen Parolen wie, „Kräfte vereint, werden niemals besiegt“ und „Wenn wir kein Angebot erhalten, werden wir weiter streiken.“ Der massive Streik und die Entschlossenheit der Arbeiter haben dieses positive Ergebnis erreicht. Die Mobilisierung und die Einigkeit der Beschäftigten haben einen wichtigen Sieg gebracht“ sagte der Präsident der Vereinigten Bankarbeiterunion, Rodrigo Britto.

Quelle: <http://www.uniglobalunion.org>, 2.2.2012



Fukushima mahnt: 11. Februar: Mahnwachen, 11. März Großdemonstrationen

HAMBURG. Die japanische Anti-Atom-Bewegung ruft für Samstag, den 11. Februar, zu einer Großdemonstration in Tokio und zu weiteren Demos an AKW-Standorten auf. Ganz bewusst finden diese Proteste nicht am 11. März, sondern einen Monat früher statt, denn im März wird die Trauer um die Opfer des Tsunamis im Mittelpunkt stehen und nicht die Atompolitik.

In Deutschland werden daher am 11. Februar in zahlreichen Orten Mahnwachen stattfinden, um die Verbundenheit mit den Protesten in Japan herzustellen und dort gleichzeitig für die zentralen Proteste am 11.3. zu werben. Am 11. März wird es dann in Deutschland voraussichtlich sechs große Demos oder Aktionen in verschiedenen Städten und an Atomstandorten geben: in Braunschweiger Land (Nds), Brokdorf (SH), Gronau (NRW), Grohnde (Nds), Gundremmingen (Bayern) und Neckarwestheim (BaWü).

In Frankreich wird es an diesem Tag eine etwa 235 Kilometer lange Menschenkette gegen Atomkraft von Lyon nach Avignon geben. In der Schweiz ist ein friedlicher Marsch mit anschließender Kundgebung am AKW Mühleberg geplant. In Belgien findet am 11. März eine zentrale Demo in Brüssel statt. www.ausgestrahlt.de

Demo „Wir haben es satt“ während der Grünen Woche

BERLIN. 23 000 Menschen haben am 21.1.2012 in Berlin gegen Lebensmittelkandale, Gentechnik im Essen und Tierquälerei in Megaställen und für eine bäuerliche ökologische Zukunftslandwirtschaft demonstriert. VerbraucherInnen, Umwelt- und TierschützerInnen, ImkerInnen, Bäuerinnen und Bauern sowie entwicklungspolitische Gruppen zogen unter dem Motto „Wir haben es satt! – Bauernhöfe statt Agrarindustrie“ zum Kanzleramt und verlangten von Bundeskanzlerin Merkel eine Neuausrichtung der Landwirtschaftspolitik. Die Veranstalter werfen der Bundesregierung vor, bei der Reform der EU-Agrarpolitik bislang Steigbügelhalter für die Agrarindustrie zu sein, statt die Forderungen der Zivilgesellschaft durchzusetzen. Die Agrarzahlen müssten an ökologische, soziale und Tierschutzkriterien gekoppelt und für Großbetriebe gedeckelt werden. Sämtliche Subventionen für den Agrarexport seien zu stoppen. Zu der Demonstration hatte ein Bündnis aus über 90 Organisationen aufgeru-

fen aus den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt-, Tier-, Verbraucherschutz und Entwicklungszusammenarbeit.

Am Vortag der Demo hat die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ den EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos zu einer Diskussionsrunde im ICC eingeladen. Mit auf dem Podium saßen Vertreter von Slowfood, Campact, BDM, AbL und Misereor. Der Kommissar stellte sich den Fragen und der Kritik der Zivilgesellschaft. Er wurde aufgefordert, soziale und ökologische Kriterien bei der Agrarreform in den Vordergrund zu stellen und sich nicht dem Druck der Agrarlobby sowie der Bundesregierung zu beugen. www.wir-haben-es-satt.de

Bürgerentscheid zum Erhalt der städtischen Krankenhäuser erfolgreich

DRESDEN. Am 29.1.2012 haben in Dresden die BürgerInnen darüber abgestimmt, ob die städtischen Krankenhäuser in kommunaler Hand bleiben sollen oder nicht. Und das Votum der Dresdner Bevölkerung ist klar und deutlich: über 84 Prozent stimmten mit ja und das notwendige Quorum wurde deutlich übertroffen. Der Landesvorsitzende der Linken Sachsen, Rico Gebhardt, dazu: „Dieses klare Votum zeigt, dass es den Menschen nicht egal ist, ob öffentliche Daseinsvorsorge privatisiert wird oder nicht. Insbesondere Gesundheit ist keine Ware und gehört zu den Grundbedürfnissen der Bevölkerung, die nicht von Profitinteressen abhängig sein dürfen. Vollumfängliche Gesundheitsvorsorge darf nicht aus Kostengründen und Gewinnorientierung zusammengestrichen werden. Das ist ein Signal an die Privatisierungsbefürworter, welches auch in Zukunft ernstgenommen werden muss.“ Es ist dem Bündnis für den Erhalt der städtischen Krankenhäuser als kommunale Eigenbetriebe gelungen, innerhalb kürzester Zeit eine große Mehrheit der BürgerInnen für die Abstimmung zu mobilisieren.

Bedauerlich ist, dass die Privatisierungsbefürworter den DresdnerInnen nun unterstellen, unklug und ohne Sachverstand gehandelt zu haben. Das ist ungerechtfertigt und zeugt davon, dass mit politischen Niederlagen und klaren Entscheidungen nicht umgegangen werden will – ein seltsames Demokratieverständnis in unseren Augen. www.dielinke-sachsen.de

250 Aktive bereiten internationale Aktionskonferenz vor

FRANKFURT A.M. Starke Dynamik: Etwa 250 Aktivistinnen und Aktivisten verschiedener sozialer Bewegungen haben sich am 22.1.2012 in Frankfurt am Main getroffen, um eine für Februar geplante internationale Aktionskonferenz vorzubereiten. Das Spektrum der Aktiven reichte von Occupy-Gruppen, Attac,

dem Ums-Ganze-Bündnis und der Interventionistischen Linken über Erwerbsloseninitiativen, antirassistische Netzwerke und Bildungsstreikaktive bis zu Vertretern von Gewerkschaften, Solid, der Grünen Jugend und der Linkspartei. Mit dabei waren zudem zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus anderen Ländern.

Aufgabe der Aktionskonferenz vom 24. bis 26. Februar in Frankfurt am Main wird es sein, eine Choreografie der Proteste in den kommenden Monaten gegen die Kürzungsdiktate der Profiteure der Finanz- und Wirtschaftskrise festzulegen. Im Zentrum der Diskussion am Sonntag standen Pläne für Aktionstage in der zweiten Maihälfte in Frankfurt und längerfristige Kampagnenüberlegungen bis 2013. Angedacht sind unter anderem eine gemeinsame Großdemonstration sowie Blockaden im Bankenzentrum. Ziel soll eine europaweite Mobilisierung nach Frankfurt sein, um ein unübersehbares Zeichen der internationalen Solidarität und des Widerstandes zu setzen.

Wenige Tage nach der Aktionskonferenz in Frankfurt wird es ein weiteres europäisches Vorbereitungstreffen am 31. März in Mailand geben. Für denselben Tag ruft das kommunistische Ums-Ganze-Bündnis zu einer Demonstration an der EZB-Baustelle in Frankfurt auf. Für den 12. Mai ist zudem ein dezentraler globaler Protesttag geplant, der insbesondere von spanischen, portugiesischen und angelsächsischen Netzwerken vorbereitet wird. www.attac.de

Die Modeindustrie muss aufwachen!

BERLIN. „Tausende Modedefans und Fachbesucher sind diese Woche nach Berlin gepilgert, um die neuen Modekollektionen namhafter Designer live zu verfolgen. Weniger präsent hingegen sind die Bedingungen, unter denen Fashion Mode in Billiglohnländern produziert wird. Während schick gekleidete Models den aktuellsten Schrei der Modeszene auf dem Laufsteg glanzvoll präsentieren, schuften die Näherinnen in den Textilfabriken im globalen Süden für einen Hungerlohn unter hohem Arbeitsdruck, leisten unbezahlte Überstunden und leiden gesundheitlich aufgrund mangelndem Arbeitsschutz ... Wir fordern die Einhaltung von Sozial- und Arbeitsstandards und mehr Transparenz bei der Herstellung von Bekleidung! Wir fordern Fair-Trade Kleidung! Ein neues Zeitalter ist angebrochen! Die Modeindustrie muss aufwachen! Dafür wollen wir mit genug Bass, einem Lichtspektakel und deutlichen Worten sorgen!“

www.weed-online.org

1 000 Schulen ohne Rassismus

BERLIN. Am 14. Januar trat das Domygnasium Naumburg in Sachsen-An-

halt als tausendste Schule dem bundesweiten Netzwerk von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ bei. Rund 750 000 Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und PädagogInnen besuchen damit eine



Schule, die sich dazu verpflichtet hat, aktiv gegen Rassismus, jede Form von Diskriminierung und Mobbing vorzugehen. Das Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ wurde 1995 von „Aktion Courage e.V.“ als Reaktion auf die rassistischen Morde in Mölln, Solingen und andernorts gegründet. Es sollte SchülerInnen die Möglichkeit und die Unterstützung bieten, sich in ihrem Lebensumfeld aktiv gegen Fremdenhass, Rechtsextremismus und Rassismus einzusetzen.

Sanem Kleff, Leiterin der Bundeskoordination und Vorstandsvorsitzende des Trägervereins „Aktion Courage e.V.“: Die Mordserie der rechtsterroristischen Zelle aus Zwickau zeigt: an der Notwendigkeit unseres Projektes hat sich leider bis heute wenig geändert hat. Gegen Terrorismus hilft nur polizeiliche Gewalt. Allerdings kann Schule im Bereich der Aufklärung und Prävention sehr viel leisten. 1 000 Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage zeigen, wie eine hohe Sensibilisierung und ein großes Engagement gegen alle Ideologien der Ungleichwertigkeit, insbesondere den Rassismus, nachhaltig verankert werden können. Diese Arbeit geschieht auch im Gedenken an die mehr als 150 Todesopfer rechtsextremistischer Gewalt seit 1990. Bis heute fanden an den 1 000 Schulen unter dem Dach von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ weit mehr als 10 000 Projekttag und Aktionen statt. An ihnen haben Millionen von Kindern und Jugendlichen teilgenommen. Das Projekt leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Festigung einer demokratischen Alltagskultur unter Heranwachsenden. www.schule-ohne-rassismus.org

28. Januar 2012: 40 Jahre Berufsverbot

BERLIN. Die Betroffenen fordern: endlich Aufarbeitung und Rehabilitierung. In ihrem Aufruf heißt es: „Vor 40 Jahren, am 28. Januar 1972, beschloss die Ministerpräsidentenkonferenz unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Willy Brandt den sogenannten ‚Radikalenerlass‘. Zur Abwehr angeblicher Verfassungsfeinde sollten ‚Personen, die nicht die Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten‘, aus dem öffentlichen Dienst ferngehalten bzw. entlassen werden. Mithilfe der ‚Regelanfrage‘ wurden etwa 3,5

Millionen Bewerberinnen und Bewerber vom ‚Verfassungsschutz‘ auf ihre politische ‚Zuverlässigkeit‘ durchleuchtet. In der Folge kam es zu 11 000 offiziellen Berufsverbotsverfahren, 2.200 Disziplinarverfahren, 1.250 Ablehnungen von Bewerbungen und 265 Entlassungen. Formell richtete sich der Erlass gegen ‚Links- und Rechtsextremisten‘, in der Praxis traf er vor allem Linke ... Der ‚Radikalenerlass‘ und die ihn stützende Rechtsprechung bleiben ein juristisches, politisches und menschliches Unrecht. Wir als damalige Betroffene des ‚Radikalenerlasses‘ fordern von den Verantwortlichen in Verwaltung und Justiz, in Bund und Ländern unsere vollständige Rehabilitierung. Die Bespitzelung kritischer politischer Opposition muss ein Ende haben. Wir fordern die Herausgabe und Vernichtung der ‚Verfassungsschutz‘-Akten, wir verlangen die Aufhebung der diskriminierenden Urteile und eine materielle Entschädigung der Betroffenen.“ Am 27. Januar hatten bereits 168 den Aufruf unterschrieben, siehe: www.berufsverbote.de

Aufruf des Bündnisses Dresden Nazifrei 2012 – Aller guten Dinge sind drei!

DRESDEN. BLOCK DRESDEN 2012 – Blockieren, bis der Naziaufmarsch Geschichte ist! In den vergangenen zwei Jahren ist uns etwas gelungen, das viele für unmöglich gehalten hatten: Wir haben den Naziaufmarsch in Dresden erfolgreich blockiert. Tausende Nazis konnten ihr eigentliches Ziel, mit einer Großdemonstration ihre menschenverachtende Ideologie zur Schau zu stellen, nicht erreichen.

Mit dem Aufmarsch im Februar versuchten sie in den vergangenen Jahren, an das Gedenken an die Bombardierungen Dresdens im Februar 1945 und den damit einhergehenden Mythos der „unschuldigen Stadt Dresden“ anzuknüpfen.

Auch durch Ignorieren und Wegschauen seitens der Stadtverwaltung und eine mangelnde Entschlossenheit großer Teile der Dresdner Zivilgesellschaft konnte dieser Termin zu Europas größtem Naziaufmarsch mit bis zu 7000 Teilnehmenden werden. Doch die Dynamik der Aufmärsche ist gebrochen. Zu verdanken ist dies insbesondere dem entschlossenen Handeln von zwölftausend (2010) und zwanzigtausend Menschen (2011), die mit Massenblockaden den Marsch der Nazis verhinderten. Wir wenden uns gegen jede Form von Geschichtsrevisionismus. Alten und neuen Nazis darf keine Gelegenheit gegeben werden,

die deutsche Geschichte zu verklären und die NS-Verbrechen zu verherrlichen. Daher werden wir am 13. Februar 2012 den „Täterspuren“-Mahngang durchführen, um an die NS-Geschichte in Dresden zu erinnern. „Sagen, was man tut, und tun, was man sagt“ – durch dieses Motto war unser Handeln der letzten Jahre geprägt. Dabei bleibt es! Uns eint das Ziel, den Naziaufmarsch durch Massenblockaden zu verhindern. Unser Ziel ist dabei nicht die Auseinandersetzung mit der Polizei. Wir sind entschlossen, den Naziaufmarsch zu blockieren – von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen. Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern.

„Unsere Vielfalt ist unsere Stärke“ – das war unser Credo der letzten Jahre. Dabeibleibtes! Miteinbreiten Bündnis aus Antifagruppen, lokalen Initiativen und Aktionsgruppen, Gewerkschaften, Parteien und Jugendverbänden, religiösen Gruppen sowie zahlreichen weiteren Organisationen und Einzelpersonen haben wir deutlich gemacht: Blockaden sind legitim, und Dresden geht uns alle an! AntifaschistInnen wurden in den letzten Monaten vermehrt mit staatlichen Repressionen überzogen. Rechtswidrige Funkzellenabfragen, politisch motivierte Strafverfahren, selbst Immunitätsaufhebungen werden uns nicht einschüchtern. Versuchen von außen, uns mittels der Extremismustheorie zu spalten, setzen wir unsere Solidarität entgegen. Wir lassen uns nicht spalten. Ziviler Ungehorsam ist unser Recht, unsere Blockaden sind legitim! Lassen wir uns nicht einschüchtern!

Wir protestieren im Februar in Dresden auch gegen die staatliche Aushöhlung des Versammlungsrechts und einen Schnüffelstaat. In Dresden soll bewusst das Rechtsordnungsprinzip der Verhältnismäßigkeit verschoben werden, um einen „gläsernen Demonstranten“ zu schaffen. Auch 2012 werden wir den Naziaufmarsch in Dresden blockieren. Die Mordserie der in Sachsen untergetauchten Nazis zeigt einmal mehr, wie wichtig entschlossenes antifaschistisches Handeln ist. Antifaschistisches Engagement darf nicht kriminalisiert, sondern muss unterstützt werden. Jahrelang sind Anschläge, Nazigewalt und Waffenfunde in der Naziszene bagatellisiert worden. Schluss damit! Wir geben den Nazis keinen Meter Straße preis. Wir blockieren sie in Dresden: bunt und lautstark, kreativ und entschlossen! Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!



Stellt Euch quer!

„Köln stellt sich quer“ ist bundesweit seit einigen Jahren ein Synonym für antifaschistischen Protest geworden, der vielfältige Formen einbezieht: Blockaden, ziviler Ungehorsam und sogar eine Demonstration in der Kirche. Vielfältiger, bunter und aktiver Widerstand der Menschen vor Ort ist mit diesem Slogan verbunden. Die Unterstützung für dieses Konzept reicht bis weit in die Kölner Stadtgesellschaft. Sogar der Stadtrat rief dazu auf, sich „quer“ zu stellen. Inzwischen gibt es in vielen anderen Städten, zum Beispiel in Dortmund, „... stellt sich quer“.

Insofern ist die Diskussion, die in Köln gerade stattfindet, auch bundesweit von Interesse. Ihren Auftakt nahm sie durch Äußerungen des Kölner Polizeipräsidenten Wolfgang Albers, dessen Position der „Kölner Stadt-Anzeiger“ am 14. Januar so wiedergibt:

„Aus seiner Sicht wäre es wünschenswert, dass der Aufmarsch der Rechten keinerlei Beachtung fände. Die Anwohner könnten die Fenster schließen, die Rollläden runterlassen und ihrem Protest durch andere passive Formen Ausdruck verleihen.“

Die Differenz liegt nicht darin, dass „Köln stellt sich quer“ zu aktivem und der Polizeipräsident zu passivem Widerstand aufruft. Auch passiver Widerstand kann in bestimmten Fällen angebracht sein. Der „Kölner Stadt-Anzeiger“ beginnt aber eine Grundsatzzdebatte darüber, welche Protestformen angemessen und welche unangemessen sind. Ein Kommentar bringt es auf den Punkt, worum es dem Polizeipräsidenten und dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ geht: „Passiver Widerstand als Alternative.“



Schaut man sich die jüngere Geschichte an, aber auch die weiter zurückliegende, so wurden im Kampf um die demokratischen Rechte in der Bundesrepublik vielfältige Formen des Protests und des Widerstands entwickelt. Dazu gehörte ziviler Ungehorsam als friedliche Protestform in den verschiedensten Varianten.

Erinnert sei an die Anti-NPD-Veranstaltungen, Kundgebungen gegen Strauß, die AKW-Demonstrationen und vieles mehr. Der Vorschlag „Passiver Widerstand als Alternative“ ist weltfremd und reflektiert nicht die demokratische Bewegung und ihre Protestformen.

Die „Demonstrationsfreiheit ist die Pressefreiheit des kleinen Mannes“ – deshalb müsse man auch Rechtspopulisten und Nazis gewähren lassen, wird geschrieben. Schon makaber dieser Satz: War es nicht einst so, dass demokratische und linke Kräfte diese Rechte durchgesetzten und die Nazis sie wieder abschafften?

„Passiver Widerstand“ ist hier keine Alternative, sondern schränkt die Protestformen ein. Rollläden runterlassen und sich abwenden führt auf Dauer zur Passivität und Ignoranz. Davon gibt's genug! „Pro Köln“ und anderen Nazi-Gruppen geht es um Provokation

und Hetze gegen demokratische Grundrechte. Dazu missbrauchen sie die Demonstrationsfreiheit.

Warum sollen linke und demokratische Kräfte sie ignorieren? Nicht die linken Gegendemonstranten sind verantwortlich für den Polizeiaufmarsch in Kalk, sondern jene rechtsextremen Kräfte, die zu Hass und Zwietracht aufrufen und sich diesmal nicht den Menschen islamischen Glaubens zum Gegner erkoren

haben, sondern Leute aus der Kölner Hausbesetzerszene.

Der Polizeipräsident und der „Kölner Stadt-Anzeiger“ tun so, als ob die Gegendemonstranten schuld seien, denn ohne diese wäre doch alles „in einer halben Stunde erledigt“. Nichts ist in einer halben Stunde erledigt, schon lange nicht „pro Köln“, die mit ihren vielen Vorgängerorganisationen die Kölner Stadtgesellschaft schon seit 25 Jahren beschäftigt: Die nächsten rechtsextremen Aufmärsche stehen doch schon fest. Und sollen wir da auch wieder wegsehen und sie ignorieren?

Die Vorschläge von Polizeipräsident Albers und dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ sind schon ein politisches Armutszugnis angesichts der Morde und Attentate der NSU. Noch immer ist unklar, wie der Staat auf diesen Terror reagieren soll. Ist es nicht eher so, dass der Protest und Widerstand gegen Rechtsextremismus in Deutschland viel zu schwach ist? Und da trampelt man noch auf Leuten rum, die Widerstand leisten, und erklärt sie zu Tätern.

„Pro Köln“ hat nicht das Recht, gegen Menschen in der Stadtgesellschaft zu hetzen, ob das nun Roma, Juden, Muslime oder Hausbesetzer sind. Ignorieren und Wegschauen sind der falsche Weg.

Jörg Detjen

Mannheim: Ein Ausblick auf 2012

Sozialticket

Nun hat also der Mannheimer Gemeinderat im Dezember bei den Etatberatungen mit der denkbar kleinsten Mehrheit für die Einführung eines Sozialtickets gestimmt. 400 000 Euro sind pro Jahr in den Haushalt eingestellt. Der Zuschnitt des Sozialpasses ist ebenfalls beschlossen worden: Monatsticket, einzeln lösbar, für 20 Euro; Mehrfahrenticket 5 Euro; Berechtigtenkreis über Hartz IV / SGB XII hinaus auf Wohngeldberechtigte, Asylbewerber und kinderzuschlagsberechtigte Familien ausgedehnt; Berechtigung für Fahrten in Mannheim. So weit, so ziemlich gut.

Den springenden Punkte nannte der OB vor der Abstimmung: Wenn der An-

trag die Mehrheit bekommt, muss mit dem Verkehrsverbund Rhein-Neckar gesprochen werden. Dieser hat die Hoheit über die Tarife, nicht die Stadt. Zweitens: „Mit der Konzeption 20 Euro je Monatsticket / max. 400 000 Euro als Obergrenze darf nichts Unmögliches verlangt werden“. Dahinter steckt die amtliche Logik, wie der Zuschussbedarf ermittelt werden soll: Preisnachlass gegenüber dem normalen Monatsticket mal Zahl der gelösten Tickets.

Die wirkliche Durchsetzung des Sozialtickets bedarf noch erheblicher Dickbrett-Bohrerei. In der ganzen Haushaltsberatung wartete die Verwaltungsspitze genau an diesem einen Punkt mit einer vorbereiteten Chart-Serie auf: Sie waltete die bisherige amt-

liche Betrachtungsweise aus. Wieder wurde behauptet, bei einer 50%igen Nutzung des Sozialtickets ergebe sich ein Zuschussbedarf von ca. vier Millionen Euro. Die Fiktion des angeblich zu zahlenden Zuschusses heißt im Umkehrschluss, dass bei einem Limit von 400 000 Euro nur ca. 800 Tickets im Ganzjahresbezug möglich seien, bei ca. 20 000 erwachsenen Bezugsberechtigten. Da werden wir noch viel zu tun haben.

Erfreulicherweise gibt es ja in der gesamten Metropolregion Initiativen für ein Sozialticket. Hier müssen wir die Kräfte der Befürworter eines Sozialtickets zusammenführen und gegenüber dem VRN in Position bringen. Auch dies erfordert ein gerüttelt Maß Arbeit.

Bezahlbares Wohnen

Neue Wohnformen, z.B. generationenübergreifend, sind zu Recht ein be-

liebtes Thema beispielsweise in der Konversionsdebatte. Die Beurteilung des Mannheimer Wohnungsmarktes wird weithin als entspannt beschrieben. Die WirtschaftsstandortpolitikerrInnen bemängeln ein Defizit bei First-class-Wohnungen in First-class-Lage zur Bindung des zahlungskräftigen Publikums. Als für die Wohnungswirtschaft bedrohlich wird gemeinhin das Reservoir der über 2 000 ehemaligen US-Wohnungen in Benjamin-Franklin-Village bewertet.

Wenig wird über die Tatsache diskutiert, dass die ganz billigen Wohnungen erstensknapp sind und zweitensgeballt in den Außenbezirken liegen. Wer einer billigen Wohnung z.B. auf die Schönaufolgen muss, weil sich seine Einkommenssituation verschlechtert hat, gerät in eine ziemlich hoffnungslose Umgebung, insbesondere für Kinder. Auch Menschen mit geringen Einkommen müssen das Recht und die Möglichkeit haben, in gemischten Wohnlagen zu leben. „Der Wohnungsmarkt“ kann dies Problem nicht lösen. Es braucht wieder öffentliche Subventionen und gezielte Maßnahmen. Ein Thema, dem wir uns stellen werden.

Katholikentag

Und auch das noch: Mannheim wird vom 16. bis 20. Mai diesen Jahres vom 98. Deutschen Katholikentag gezeichnet sein. Über 20 Millionen Euro meist öffentlicher Gelder wurden in die Sanierung diverser Mannheimer katholischen Kirchen gesteckt. Die Stadt steuert zur Durchführung u.a. 1,5 Millionen Euro aus ihrem Haushalt bei, so wie nächstes Jahr beim Deutschen Turnerfest – Stadtmarketing.

Für die Linke eine Gelegenheit, das Verhältnis von Kirche und Staat zu thematisieren. Und wenn so viel Katholizismus über die Stadt kommt, werden wir es erleben, dass der Linken die Gretchenfrage gestellt wird, eine Frage, die schon auf Parteitag für plötzliche Belebung der Diskussionsleidenschaft sorgte. Die Linke ist weltanschaulich nicht gebunden. Atheisten sind dort ebenso beheimatet wie religiöse Menschen (was nicht immer heißt kirchlich gebundene Menschen).

Werden wir so lange auswandern und wiederkommen, wenn sich das Leben wieder normalisiert hat? Oder werden wir den Zehntausenden anreisenden Menschen, die teilweise von großem sozialem, entwicklungs- und friedenspolitischem Interesse geprägt sind, zeigen, dass die Linke nicht nur endloses Konklave kann mit schwarzem Rauch, sondern dass sie sehr viel zu sagen hat zu Themen, die auch viele TeilnehmerInnen des Katholikentags bewegen?

Ich finde Letzteres die bessere Option.

Thomas Trüper

www.die-linke-konstanz.de, 14.1.

Konstanz vor dem Konziljubiläum

Im Jahr 2014 jährt sich der Beginn des Konstanzer Konzils (1) zum sechshundertsten Mal. Die Stadtverwaltung will das ganz groß feiern lassen, als Ereignis mit „europaweiter Ausstrahlung“. Von Vorträgen, Ausstellungen, Symposien und „Festspielen“ ist im Rathaus die Rede. Regierungsvertreter sollen ebenso wie „geistliche Würdenträger“ (es war auch schon mal von Joseph Ratzinger die Rede) an dem Spektakel teilnehmen und so dafür sorgen, dass man landauf, landab Konstanz nicht mehr ständig mit Koblenz verwechselt. Der Haken bei der Sache ist aber nicht nur, dass Verwaltung und Gemeinderatsmehrheit ein Ereignis hochjubeln wollen, das bekanntlich in der Verbrennung der Kirchenreformer Jan Hus und Hieronymus von Böhmen gipfelte. Es gibt, zwei Jahre vor der geplanten Konzilstadt-Sause, vor allem auch weder ein Konzept noch einen schlaun Plan, wie was auch immer finanziert werden soll. Egal, jetzt soll auf jeden Fall schon mal das Konzilumfeld eventaffin umgestaltet werden. Holger Reile, Stadtrat der Linken Liste, hat sich

dazu so seine Gedanken gemacht.

Bei der Neugestaltung des Konzilsareals sollte unserer Meinung nach mit Augenmaß vorgegangen werden. Wir bezweifeln, dass es sinnvoll ist, für einen Ideenwettbewerb und groß angelegte Sanierungsmaßnahmen rund eine halbe Million Euro auszugeben. Denn so „kaputt“, wie von der Verwaltung behauptet, ist das Areal um das Konzil nicht. Geht das so weiter, dann entwickeln sich die Planungen zum Konziljubiläum schon weit im Vorfeld zu einem Fass ohne Boden. Denn: Bis heute fehlt ein Finanzkonzept und keiner weiß, wer das alles bezahlen soll.

Beispiel Lädine (2). Seit über einem Jahr ist im Gespräch, eine Lädine detailgetreu nachbauen zu lassen. Vor einem Jahr schon haben wir Herrn Henneberger, der diese Idee aufgebracht hat, aufgefordert, sich mit den Betreibern einer bereits existierenden Lädine in Immenstaad in Verbindung zu setzen, um diese für die Dauer des Konziljubiläums anzumieten. Unserer Meinung nach würde sich somit der teure Nach-



Eine Schandtat des Konstanzer Konzils: König Sigismund, Veranstalter des Konzils, sicherte dem böhmischen Kirchenreformer Jan Hus zunächst freies Geleit zu, aber die versammelten Kirchenfürsten ließen ihn dann als Ketzer verurteilen und weil er nicht widerrufen wollte, wurde er auf dem Scheiterhaufen verbrannt.

bau einer Lädine in Konstanz erübrigen. Auf Anfrage in Immenstaad wurde uns erklärt, dass sich bisher niemand aus Konstanz gemeldet hätte, um diese see-überschreitende und wünschenswerte Kooperation im Vorfeld zu besprechen.

Stattdessen hält Konstanz an dem Nachbau einer eigenen Lädine fest. Sogar von einer „Schauwerft für die geschätzte Dauer von 2 Jahren“ ist die Rede. Wer für dieses kostspielige Unterfangen, für das Wissenschaftler und Spezialisten hinzugezogen werden sollen, schlussendlich aufkommen wird, ist völlig unklar. Die Immenstaader wissen aus eigener Erfahrung, was da auf Konstanz zukommen könnte: „Ein detailgetreuer Nachbau ist unter 800000 Euro nicht zu haben.“ (Auskunft Herr Hanschur am 8. Januar). Alleine deswegen fordern wir die Organisatoren des Konziljubiläums auf, die Pläne für den Nachbau einzumotten und sofort mit den Immenstaadern Kontakt aufzunehmen.

Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass sich bezüglich des Konziljubiläums eine ungezügelter Eventhysterie (ähnliches gilt u.a. auch für das Belehnungsfest und das Handwerkerdorf) entwickelt, die mit den eigentlichen Bedürfnissen der BürgerInnen dieser Stadt nichts mehr zu tun hat. Von Anfang an haben wir darum gebeten, den Wunschkatalog einiger weniger für das Konziljubiläum nicht endlos aufzublasen. Es wäre nun endlich an der Zeit, sich auf sinnvolle und wichtige Projekte zu beschränken und sonstige Hirngespinnste nicht weiter zu verfolgen.

Bislang war davon die Rede, dass die Feierlichkeiten mindestens zehn Millionen Euro kosten sollen. Die Linke Liste Konstanz drängt erneut darauf, den BürgerInnen umgehend zu erklären, wie sich diese Kosten zusammensetzen und wer dafür aufkommen soll. Und wir erinnern daran: Der befürchtete Aderlass bei Takeda (3) könnte zu einem massiven Einbruch der Steuereinnahmen führen.

(1) Das Konzil von Konstanz (5. November 1414–22. April 1418) wurde auf Betreiben König Sigismunds von Gegenpapst Johannes XXIII. einberufen. Gastgeber war Fürstbischof Otto III. von Hachberg. Der wichtigste Punkt der Verhandlungen des Konzils war die causa unionis: das Abendländische Schisma sollte beendet und damit die Einheit der Kirche wiederhergestellt werden (es gab zu diesem Zeitpunkt drei Päpste, das Konzil setzte alle drei ab). Die causa reformationis bezieht sich auf notwendige Reformen innerkirchlicher Zustände (das Konzil brachte nicht viel zustande). Schließlich sollten in der causa fidei Fragen der kirchlichen Verkündigung und Sakramentslehre geklärt und damit die Ketzerei wirksam bekämpft werden (das Konzil verurteilte die Lehren Jan Hus und John Wyclifs). (Wikipedia)

(2) Eine Lädine oder Ledine ist ein historischer Lastensegler, der als Schiffstyp zwischen dem 14. und dem 20. Jahrhundert für die Dauer von etwa 500 Jahren auf europäischen Binnengewässern in Gebrauch war.

(3) Das Pharmaunternehmen war bislang ein großer Gewerbesteuerzahler in Konstanz.

Armuts- und Reichtumsbericht für Frankfurt erstellen:

FRANKFURT A. M. Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Der Magistrat wird beauftragt, einen Armuts- und Reichtumsbericht für Frankfurt in 2012 zu erstellen. Um gesellschaftliche Probleme auch auf kommunaler Ebene klar benennen zu können, soll der Bericht differenzierte Informationen über die Entwicklung und Verteilung von Ressourcen- und Lebenslagen bereitstellen. Eine Gegenüberstellung der Einkommensunterschiede, vor Steuern und Transferleistungen, ist dabei unerlässlich. Der Bericht wird jährlich fortgeschrieben und veröffentlicht. Begründung: Die Bekämpfung und Vermeidung von Armut ist eine der zentralen Aufgaben der Politik in Stadt, Land und Bund. Armut ist ursächlich kein individuelles, sondern ein gesellschaftlich und strukturell bedingtes Problem ...

www.dielinke-im-roemer.de

Unentgeltliche Betreuung von Krippenkindern:

BRAUNSCHWEIG. Im ersten Anlauf misslang die Initiative der Linksfraktion die Entgelte bei der Betreuung von Krippenkindern mit dem Haushalt 2012 ebenfalls abzuschaffen. Im vergangenen Jahr waren, mit Unterstützung der Linksfraktion, bereits die Entgelte für die Betreuung von Kindergartenkindern aufgehoben worden. Die Linke hat beantragt: Auf die Erhebung von Entgelten bei der Betreuung von Krippenkindern wird ab dem Kindergartenjahr 2012/2013 verzichtet. Die Deckung erfolgt durch die Erhebung einer Kulturförderabgabe nach dem Vorbild der Stadt Köln. Gegen den Antrag wurde argumentiert, die Entgeltfrage sei hier nicht so wichtig, wichtiger sei es Anzahl und Qualität der Plätze für Kleinkindbetreuung in Braunschweig zu verbessern. Tatsächlich hat Die Linke im Rahmen dieser Haushaltsberatung auch hierzu konkrete Vorschläge unterbreitet, weshalb diese Gegeneinanderstellung unangemessen ist. Was bei diesen Kritikern/innen aber völlig verkannt wird, ist die Tatsache, dass die hohen Krippenentgelte weniger gut verdienende Eltern daran hindern, solche Angebote zur Kleinkindbetreuung überhaupt wahrnehmen zu können. Gerade dieser Tage mußte dies ein Bericht der Bundesregierung eingestehen, worin es lautet: „Während der Besuch einer Betreuungseinrichtung bei Kindern zwischen drei und sechs Jahren nicht vom Familieneinkommen abhängig ist, zeigen sich deutliche Unterschiede bei den unter Dreijährigen: Kinder aus Familien mit höherem Einkommen (ab 130 Prozent des Medians) besuchen etwa doppelt so häufig (35 Prozent) eine Kinderta-

geseinrichtung wie Kinder aus Niedrigeinkommensfamilien (18 Prozent). Ursache dafür ist möglicherweise, dass bei einem Krippenbesuch Kosten für Essen, Ausflüge und Gruppenkassen anfallen, die von den betroffenen Familien als weitere finanzielle Belastung wahrgenommen werden.“

www.linksfraktion-braunschweig.de

Linke lehnt Gesichtsscanner und Abschaffung der Stehplätze ab:

HANNOVER. Die Linken in Rat und Region lehnen die Einführung von Gesichtsscannern zur Erkennung von Gewalttätern in Fußballstadien ab. Wenn man damit erst einmal anfängt, dann könnte damit schnell Missbrauch betrieben werden und die Beobachtung unbescholtener Bürger auf Schritt und Tritt wäre die Folge. Unklar bei diesem Ansinnen ist bisher zudem, wer die Daten kontrollieren und auswerten solle. „Aus datenschutzrechtlicher Position ist das absolut bedenklich“, so Oliver Förste, Fraktionsvorsitzender der Rats-Linken. Dass in diesem Zusammenhang wieder einmal die Abschaffung der Stehplätze im Stadion ins Gespräch komme, löst weiteres Unverständnis aus. „Dort ist die beste Stimmung und das soll auch so bleiben“, meint der Fußballfan und Fraktionsvorsitzende der Regions-Linken Stefan Müller. Zur Verfolgung von Gewalttätern müssen die bereits vorhandenen Mittel konsequenter angewandt werden. Hysterie ist hier nicht angebracht, denn die Gewalt in Stadien, auch in Hannover, ist in der Vergangenheit zurückgegangen.

www.linksfraktion-hannover.de

Antrag der Stadtratsgruppe Die Linke erfolgreich: Münchner Nazis werden entwapnet!

MÜNCHEN. Der Antrag lautete u.a.: Der Stadtrat möge beschließen: Punkt 1: analog zum Antrag des Referenten. Punkt 2 neu: Das KVR wird beauftragt, die Waffen, die sich im Besitz von bekannten NPD-Anhänger/innen, Sympathisant/innen und Aktivisten/innen sowie ihrer Tarnorganisationen befinden, wie beispielsweise der BIA, wegen mangelnder Zuverlässigkeit einzuziehen. Punkt 3 neu: Oberbürgermeister Ude und die zuständigen Referate setzten sich bei der Bayerischen Landesregierung dafür ein, dass die Waffen, die sich im Besitz von Mitgliedern der NPD und ihrer Tarnorganisation BIA befinden, analog zu Bremen und Hamburg, in ganz Bayern wegen mangelnder Zuverlässigkeit eingezogen werden.

www.dielinke-muenchen-stadtrat.de

Linksfraktion begrüßt Sonntagsruhe:

BOCHUM. Gestern hat der Bochumer Stadtrat mit denkbar knapper Mehrheit die Sonntagsöffnungszeiten abgelehnt. Die Linke im Rat begrüßt dieses Ergebnis. „Der Beschluss sorgt dafür,

dass die Liberalisierung der Ladensöffnungszeiten in Bochum etwas gebremst wird. Damit nimmt Bochum eine positive Vorreiterrolle im Ruhrgebiet ein“, freut sich der Fraktionsvorsitzende der Linken, Uwe Vorberg. Doch die Linksfraktion ist skeptisch, dass es bei dieser Entscheidung bleibt. Der Einzelhandel hat bereits angekündigt, einen neuen Antrag zu stellen. Die Geschäftsordnung des Rates schreibt zwar vor: „Hat der Rat Sachanträge ... abgelehnt, dürfen sie frühestens sechs Monate nach der Ablehnung neu eingebracht werden“, doch 2007 wurde in einem ähnlichen Fall, die Abstimmung mit einer geringfügig geänderten Vorlage erneut zur Abstimmung gestellt und wundersamer Weise hat der Rat sein Votum revidiert. „Es ist kein besonderes Zeichen von demokratischen Grundverständnisses, wenn der Einzelhandel meint, ein politisches Votum des Rates nicht akzeptieren zu können“, so Vorberg. Angesichts der Erfahrung aus 2007 ist die Linksfraktion gespannt, ob vor allem SPD und Grüne zu ihrem Votum stehen werden oder sich eingestehen, dass sie gestern nicht wussten, was sie taten.

www.dielinke-bochum.de

Linke fordert Sofortmaßnahmen für Obdachlose:

HAMBURG. Eisige Temperaturen, überfüllte Notunterkünfte und Tagesaufenthaltsstätten – für Obdachlose besteht Lebensgefahr. In Hamburg leben über 1000 Menschen auf der Straße, im alljährlichen Elend des Winternotprogramms stehen rund 350 Schlafplätze zur Verfügung. Tagsüber zwischen neun und 17 Uhr müssen die Notunterkünfte geräumt werden. Die Kapazitäten der Tagesaufenthaltsstätten sind längst erschöpft. In den Massenunterkünften kommt es immer wieder zu Spannungen und Gewalttaten. Cansu Özdemir, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, fordert: „Der Senat muss unverzüglich handeln. Möglich wäre es, die Unterkünfte im Winternotprogramm auch tagsüber zu öffnen oder andere Formen für den Tagesaufenthalt zu finden, in denen zumindest auch der Bedarf nach Nahrung und Hygiene gedeckt werden kann. Dem Senat ist bekannt, dass Betroffene sich nach wie vor trotz eisiger Temperaturen weigern, Quartiere mit großen Mehrbettzimmern aufzusuchen, weil sie Angst vor Diebstahl, Gewalt und Schmutz haben. Der Senat muss für die umgehende Öffnung von U-Bahnstationen und Bahnhöfen zumindest im gesamten innerstädtischen Bereich sowie für kurzfristig ausreichende niedrigschwellige Tagesaufenthaltsmöglichkeiten sorgen. Notfalls müssen zusätzliche geeignete Räumlichkeiten, bspw. leer stehende Gewerbeimmobilien, angemietet werden, die beheizbar sind und über sani-

te Einrichtungen verfügen.“

www.linksfraktion-hamburg.de

Leerer Bauch lernt nicht gern: **STUTTGART.** In einem Amtsblattartikel schreibt die Fraktion SÖS/Linke: Leerer Bauch lernt nicht gern. Das gilt für Kinder in allgemein bildenden Schulen wie für Jugendliche an beruflichen Schulen. Das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes gibt jedem Schüler, jeder Schülerin unter 25 Jahren das individuelle Recht auf ein Ein-Euro-Essen – wenn die Schule ein Essen anbietet. Doch zu viele Schulen in Stuttgart bieten kein Mittagessen an. Dafür florieren die Kebab-Stände in der Nachbarschaft. An den allgemein bildenden Schulen ist der schrittweise Küchenausbau in Arbeit. Sehr benachteiligt sind die beruflichen Schulen. Es gibt mehr Ganztagesunterricht in verschiedenen Zweigen, aber selten ein Schulessen oder gar das Ein-Euro-Essen. Dieses Problem muss der Stadtrat ins Auge fassen. Vom Land muss die Stadt verlangen, die Zuständigkeit für auswärtige Schülerinnen und Schüler zu klären. www.domino1.stuttgart.de/grat/soesundlinke.nsf

Sozialticket: Magere Bilanz ist kein Zufall!

ESSEN. Die Linke sieht sich durch die magere Zwischenbilanz des Sozialtickets in ihrer Kritik bestätigt. Die geringen Nutzerzahlen und der hohen Anteil der Wechsler aus noch teureren Tarifen sind als direkte Folge der falschen Konzeption einzuschätzen. Die Linke beantragt daher einen Bericht im kommenden Sozialausschuss am 21.02. Sie fordert die Verantwortlichen bei Stadt und EVAG auf, zu der offensichtlichen Fehlplanung im kommenden Sozialausschuss Stellung zu nehmen. Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Gabriele Giesecke, für Die Linke im Sozialausschuss: „Ich erwarte, dass die Essener Zuständigen jetzt, wo sich die Fehlplanung nicht mehr wegdiskutieren lässt, dazu Rede und Antwort stehen. Besonders ist zu prüfen, ob der Ausschuss Verbesserungen auf örtlicher Ebene veranlassen kann.“ Eine auf den ersten Blick als Sozialticket zu identifizierende Pappkarte, als nicht übertragbares A-Ticket, ohne Mitnahmemöglichkeit, zum Preis des doppelten Hartz-IV Regelsatzes für ÖPNV: Wer wundert sich da über mangelnde Nachfrage? Schon im Vorfeld war bekannt, dass sich mit günstigen Tarifen zahlreiche Neukunden gewinnen lassen, die das Defizit senken helfen. Mit teureren Tickets nicht. Außerdem ist jeder Nutzer gezwungen, sich als Leistungsempfänger zu outen, was viele Menschen aus Scham abschreckt. Der Stadt ist es zudem nicht gelungen, das Ticket bei den Berechtigten vollständig bekannt zu machen. Bereits im November, als die ersten

Zahlen zum missglückten Start bekannt wurden, hat sich Die Linke mit dieser Forderung an die Stadt gewandt. Grade die Übernahme des Jobcenters durch die Kommune schafft die Möglichkeit, die Berechtigten nun endlich annähernd vollständig zu erreichen. Das muss dringend angegangen werden. Traurig ist, dass die Gelegenheit, mit dem Sozialticket ohne großen Mehraufwand auch einen Sozialpass einzuführen, bislang nicht genutzt wurde.

www.linksfraktion-essen.de

Die Linke verurteilt massiven Polizeieinsatz in Kalk:

KÖLN. Das massive Vorgehen der Kölner Polizei beim Hassmarsch der rechtsextremen Gruppe „Pro Köln“ gegen das autonome Zentrum fiel völlig aus dem Rahmen. Für 91 Rechtsextreme beschädigte die Kölner Polizei die Freizügigkeit von Anwohnerinnen und Anwohnern, Journalistinnen und Journalisten und der Gegendemonstranten. Mehrere Anwohnerinnen und Anwohner wurden unter „Hausarrest“ gestellt und ihnen untersagt, ihre an der Kalker Hauptstraße gelegenen Wohnungen zu verlassen. Für Anwohner, unter ihnen auch Mütter mit Kindern, war es teilweise nicht möglich, wichtige Geschäfte, wie z.B. eine Apotheke, zu erreichen. Die Veranstalter der Gegendemonstration berichten, dass Teilnehmer die Gegenkundgebung nicht erreichen konnten, weil die Polizei massiv Polizeisperren errichtet habe. Ein Filmbericht des ksta.tv dokumentiert, dass Journalisten 40 Minuten warten mussten, um die Kalker Hauptstraße zu betreten. Ratsmitglied Claus Ludwig war in Kalk vor Ort und meint: „Die Polizei hat die demokratischen Rechte der Bevölkerung durch eine quasimilitärische Besetzung mit Gittern, Wasserwerfern, Hunden, Pferden und 2 000 Polizisten massiv eingeschränkt und den rechten Provokateuren ermöglicht, Spaltung und Hass in unser Veedel hinein zu tragen.“ Der Fraktionssprecher Jörg Detjen erklärt: „Wir bitten die Anwohnerinnen und Anwohner und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, uns Kritiken und Beschwerden zu schicken. Wir wollen die Beschädigung der Freizügigkeit durch die Kölner Polizei nicht hinnehmen und in den Gremien des Stadtrates und des Polizeibeirates zur Sprache bringen. Der Vorschlag des Polizeipräsidenten Albers, Pro Köln zu ignorieren, hat sich selbst entlarvt. Die Polizei wollte die Rechtsextremen unbedingt ungestört laufen lassen. Das ist ihnen nicht gelungen. Der massive Polizeieinsatz war repressiv und autoritär wie schon lange nicht mehr.“

www.linksfraktion-koeln.de

(Zusammenstellung: ulj)

Neue Europäische Industriegewerkschaft

Am 31.1.12 haben der Europäische Metallgewerkschaftsbund (EMB), die Europäische Föderation der Bergbau-, Chemie- und Energiegewerkschaften (EMCEF) und der europäische Gewerkschaftsverband Textil, Bekleidung, Leder (EGV:TBL) in einer Pressemitteilung angekündigt zum europäischen Dachverband der Industriegewerkschaften zu fusionieren. Sie „haben ein gemeinsames Interesse daran, eine stärkere Stimme für die Industriebeschäftigten zu bilden. Sie glauben, dass die Gründung eines neuen europäischen Dachverbandes der Industriegewerkschaften die Gelegenheit bietet, die Kapazitäten und Ressourcen der drei Gewerkschaftsverbände zusammenzulegen, zu konsolidieren und ihre Stimme deutlich hörbar zu machen.“ Der Gründungskongress soll am 16.5.12 stattfinden. Die Ankündigung beinhaltet zweierlei. Zum Einen das klassische Repräsentationsverständnis gewerkschaftlicher Organisationen. Der neue Zusammenschluss wird 8 Mio. Mitglieder haben, die mobilisierbar sind und deren Repräsentanten in europäischen Strukturen eine entsprechend „starke Stimme“ haben werden. Erfahrungsgemäß ein uneingelöstes bzw. uneinlösbares Versprechen. Der zweite Aspekt ist der Fakt schwindender Ressourcen, auf den hier wieder mit dem eingübten Reflex der Zentralisierung reagiert wird.

Bei vergleichbaren Fusionsprozessen in der Bundesrepublik war von der inkorporierten Organisationen, z.B. der Gewerkschaft Holz- und Kunststoff in die IG Metall, jeweils zu hören, dass die spezifische Kultur untergegangen sei. Meist war auch eine sinkende Mitgliederzahl die Folge. Das Verblässen einer speziellen berufsständischen Kultur der „Holzwürmer“ oder anderer Berufsstände dürfte jedoch tatsächlich ein notwendiger Prozess sein, wenn Gewerkschaften in Zeiten verschwimmender Branchengrenzen und segmentierter Beschäftigtenkörper noch Lohnarbeit vertreten wollen. Die vorgesehene Kooperation unter einem Dach passt in diesem Zusammenhang durchaus auch auf die europäische Ebene, wo politische Gegenstände in ausdifferenzierten Entscheidungsstrukturen ausgehandelt werden. Was jedoch bleibt, ist das Problem des Repräsentationsverständnisses in Kombination mit schwindenden Ressourcen. Bisher ist bei den europäischen Gewerkschaften kaum Organisationsphantasie anzutreffen, die darauf hindeuten würde, dass Mitglieder oder Organisationsgliederungen quer zur Hierarchie in Tätigkeiten und Debatten auf europäischer Ebene einbezogen würden. Die angesprochenen ausdifferenzierten Entscheidungsstrukturen auf EU-Ebene würden hierzu aber gerade einladen.

Rolf Gehring

In der letzten Ausgabe der Politischen Berichte sind Beiträge dokumentiert worden, die sich mit der Verfestigung der Armut befassen. Nachfolgend werden Untersuchungen dokumentiert, die sich mit Ursachen für Armut auseinandersetzen. So hat das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung eine neue Untersuchung zu Minijobs herausgegeben. Die IG Metall befasst sich mit dem Problem der steigenden Zahl von Werkverträgen und die Bertelsmann-Stiftung mit der räumlichen Verteilung von Kinderarmut.

Thorsten Jannoff

Dokumentiert WSI

Knapp 90 Prozent der Minijobber erhalten nur Niedriglöhne

Minijobberinnen und Minijobber werden vielfach systematisch geringer bezahlt als andere Beschäftigte – obwohl das verboten ist. Fast 90 Prozent der geringfügig Beschäftigten arbeiten zu Niedriglöhnen. Unternehmen nutzen Minijobs, in denen überwiegend Frauen arbeiten, offenbar gezielt, um Personalkosten zu drücken. Besonders eklatant ist der Lohnrückstand unter geringfügig Beschäftigten, die gleichzeitig Arbeitslosengeld II (ALGII) beziehen. Ein starkes Indiz dafür, dass Arbeitgeber die „Aufstockung“ durch Sozialleistungen bei der Lohnfestsetzung bereits einkalkulieren.

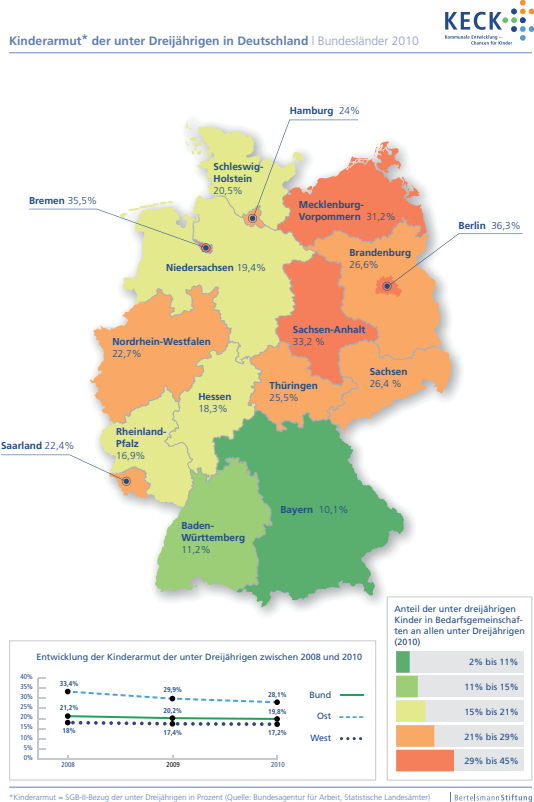
Das sind Ergebnisse aus drei neuen Studien, an denen Forscherinnen und Forscher der Hans-Böckler-Stiftung beteiligt sind, beziehungsweise die von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert werden. Sie zeigen auch, dass Minijobs nur selten eine „Brücke“ in stabile Beschäftigung bilden. Und: Das verbreitete Bild der Minijobberin, die „nur hinzuverdient“ und über Einkommen und Sozialansprüche ihres Partners indirekt abgesichert ist, trifft längst nicht immer zu.

Ursprünglich gedacht, um Hausfrauen einen unkomplizierten Nebenjob zu ermöglichen, haben sich Minijobs stark ausgebreitet. Und spätestens seit den Arbeitsmarktreformen 2003 geht es nicht mehr nur um Hinzuverdienste. Im Frühjahr 2011, so die aktuellsten Daten, war jedes fünfte Beschäftigungsverhältnis in Deutschland ein Minijob – insgesamt rund 7,3 Millionen. Für rund 4,8 Millionen Menschen, darunter 3,2 Millionen Frauen, stellte der Minijob die einzige Erwerbstätigkeit dar. Minijobbeschäftigte müssen selber keine Steuern und Sozialabgaben abführen, erwerben aber auch keine oder nur sehr geringe eigenständige Ansprüche an die Kranken-, Renten- oder Arbeitslosenversicherung.

Und das Dilemma spitze sich zu. Denn die Minijobregelung sende ebenso wie das Ehegattensplitting an Frauen Signale aus, „die diametral dem entgegen-

engesetzt sind, was der Staat von ihnen erwartet.“ Die steuer- und abgabenrechtliche Privilegierung setze einen ökonomischen Anreiz für Ehepaare, die Erwerbstätigkeit der Ehefrau auf den Minijob zu beschränken. Dagegen zielten das neue Unterhaltsrecht, die Aktivierungspolitik am Arbeitsmarkt oder die reformierte Hinterbliebenenversorgung zunehmend auf eine möglichst umfangreiche Erwerbstätigkeit und eine eigenständige Existenzsicherung von Frauen ab. Diese sei im Rahmen geringfügiger Beschäftigung ausgeschlossen. Zugleich verschärfe die massenhafte Nutzung von Minijobs Probleme auf dem Arbeitsmarkt, weil Löhne und reguläre Beschäftigung unter Druck geraten.

Angesichts der beobachteten Fehlentwicklungen halten Voss, Klenner und Herzog-Stein, die steuer- und abgabenrechtliche Privilegierung von Minijobs für höchst fragwürdig. Um die Diskriminierung von Minijobberinnen und Minijobbern auf dem Arbeitsmarkt zu beenden und die drohenden Lücken in der sozialen Sicherung zu vermeiden, sei eine Abschaffung



dieses Sonderstatus unvermeidlich. Die Forscher sprechen sich zudem für verbindliche Lohnuntergrenzen aus, um extreme Niedriglöhne zu verhindern.

ALG II: Ausstieg eher ohne Minijob

Besonders niedrig sind die Bruttolöhne von Minijobbern, die gleichzeitig ALG II beziehen – immerhin 12 Prozent aller geringfügig Beschäftigten. Sie verdienten 2009 im Durchschnitt sogar nur 6,08 Euro pro Stunde. Das haben Dr. Irene Dingeldey, Peter Sopp und Dr. Alexandra Wagner auf Basis von Paneldaten der Bundesagentur für Arbeit (BA) errechnet. Auch dieser zusätzliche Lohnrückstand lässt sich nach Analyse der Wissenschaftler von der Universität Bremen und vom Berliner Institut FIA nicht durch geringere formale Qualifikation erklären. Vielmehr halten sie es für wahrscheinlich, dass die Grundsicherung bei solchen Löhnen oft einfach mit einberechnet werde, so dass „faktisch ein Kombi-lohn zu Lasten des Fiskus entsteht, die Wirtschaft folglich Lasten auf die Allgemeinheit abwälzt.“ Dabei helfen

Minijobs nur sehr begrenzt dabei, eine reguläre Beschäftigung zu finden: Den Erwerbslosen im BA-Panel gelang der Ausstieg aus dem Leistungsbezug häufiger, wenn sie vorher keiner geringfügigen Beschäftigung nachgegangen waren. „Eine allgemeine Brückenfunktion in den regulären Arbeitsmarkt ist nicht erkennbar“, vermerken Dingeldey, Sopp und Wagner.

Minijobs oft Teil eines prekären Erwerbsverlaufs

Das bestätigen WSI-Forscherin Christina Klenner und ihre Co-Autorin Tanja Schmidt: Lediglich neun Prozent der geringfügig Beschäftigten wechseln in ein Normalarbeitsverhältnis. Ein dringendes Interesse an einem Job mit längerer Arbeitszeit und höherem Verdienst dürften jedoch weitaus mehr Minijobberinnen und Minijobber haben, zeigt die Untersuchung der beiden Wissenschaftlerinnen, die die Lebensverhältnisse von erwerbstätigen Frauen von 2001 bis 2007 anhand von SOEP-Daten nachgezeichnet und Erwerbsverlaufsmuster identifiziert haben.

DIHK verlangt mehr energiepolitische Führung von der Kanzlerin. FAZ, Mi., 18.1.2012.

Mit wachsendem Unverständnis reagiere die Wirtschaft auf den Streit in der Regierung um die Energiepolitik: der Präsident des DIHT forderte die Kanzlerin Merkel auf, Führung zu beweisen: „Die Richtlinienkompetenz der Bundeskanzlerin muss eingesetzt werden, damit die Energiewende in angemessener Zeit umgesetzt werden kann.“ Grund für die Mahnung Driftmann sei die Besorgnis der Unternehmen über die Folgen der Energiepolitik. Eine Umfrage habe ergeben, dass beinahe zwei von drei Unternehmen Stromausfälle und Spannungsschwankungen befürchteten, sagte er. Die Zahl derer, die eine eigene Stromversorgung aufbauten, steige rapide.

Industrie beginnt Rohstoffallianz. FAZ, Die., 31.1.2012. An der „Allianz zur Rohstoffsicherung der deutschen Industrie“ beteiligen sich laut Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) zunächst zwölf Unternehmen. Ziel sei es, die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen langfristig zu verbessern, sagte BDI-Vizepräsident U. Grillo. Aus dem Grund wolle man Beteiligungen an Rohstoffprojekten aufbauen. Man stehe für weitere Unternehmen offen. Der BDI beteilige sich nicht unmittelbar an der Finanzierung und der operativen Arbeit, wolle aber die geforderte politische Flankierung vorantreiben. Die Bundesregierung sucht mit Staaten wie Kasachstan oder der Mongolei Rohstoffpartnerschaften einzugehen, um die Versorgung der Industrie zu verbessern. An der Finanzierung der Allianz beteiligen sich die Unternehmen Aurubis, BASF, Bayer, BMW, Chemetall, Daimler, Evonik Industries, Georgsmarienhütte Holding, Bosch, Stahl-Holding Saar, Thyssen-Krupp und Wacker Chemie. Die Gründungsphase werde unentgeltlich von Boston Consulting, Egon Zehnder, Hogan Lovells und PricewaterhouseCoopers unterstützt.

Deutsche Wirtschaft braucht deutschen Qualifikationsrahmen. FAZ, Mi., 1.2.2012. Jahrelang ziehen sich die Verhandlungen über die Einsortierung der unterschiedlichen beruflichen und akademischen Abschlüsse zwischen Kultusministern und Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Bundesregierung bereits hin. Der „Deutsche Qualifikationsrahmen“ soll die Grundlage bieten für einen europäischen Rahmen. Nützlich sei die Rangliste, die den Bachelor-Abschluss auf der gleichen Ebene wie den Meisterbrief, die dreijährige duale Ausbildung auf Rang vier und das Abitur auf Rang fünf ansiedelt, vor allem für Unternehmen, die ihr Personal im In- und Ausland rekrutieren, sagte H.-H. Driftmann, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHT).

Zusammenstellung: rst

Dokumentiert IG Metall

Werkverträge – Feste Beschäftigte, keine ungesicherten Randbelegschaften

Werkverträge sind auf dem Vormarsch. Damit haben die Unternehmen einen neuen Hebel gefunden, um die Löhne zu drücken. Denn anders als bei der Leiharbeit gilt hier kein Mindestlohn. Zudem sind industrielle Dienstleistungen auf Werkvertragsbasis derzeit noch unreguliert. Aber auch diese Form des Lohndumpings wird die IG Metall nicht hinnehmen.

Das Geschäft mit Dienstleistungen auf Werkvertragsbasis boomt. Nach der Leiharbeit haben die Unternehmen damit eine weitere Möglichkeit gefunden, Arbeitskraft geringer zu entlohnen. Inzwischen werden in den Betrieben zunehmend Bereiche ausgelagert, deren Leistungen anschließend über Werkverträge wieder eingekauft werden. Auf diesem Weg werden allerdings gleichzeitig die Leistungen gedrückt. Denn gerade die industriellen Dienstleister bezahlen außerordentlich schlecht, Mitbestimmungsrechte werden umgangen und Tarifverträge gibt es kaum. Dass in Deutschland der Reallohn sinkt, geht vor allem auf Dienstleistungsfirmen zurück, die nicht adäquat entlohnen.

Werkverträge gibt es schon länger. Werbeagenturen gestalteten die Firmenprospekte. Der Elektronikmeister aus der Nachbarschaft verlegte die Leitungen und der Gärtner kümmerte sich um die Außenanlagen. Sie alle er-

ledigten Aufgaben, für die keine Qualifikation im Betrieb notwendig war und die keinen unmittelbaren Bezug zur Produktion hatte. Doch inzwischen hat sich eine neue Form von Werkverträgen in den Betrieben etabliert. Kernaufgaben des Betriebes werden an „billigere“ Anbieter vergeben. Inzwischen werden in über 70 Prozent der Betriebe systematisch Werkverträge genutzt. Das ergab eine Umfrage unter knapp 900 Betrieben in Baden-Württemberg. In 53 Prozent der Betriebe werden dadurch bereits Stammarbeitsplätze ersetzt. Und: Die Betriebsräte sagen, dass tagtäglich bis zu 25 Prozent zusätzliche externe Beschäftigte mit Werksausweisen im Betrieb tätig sind ...

Die IG Metall wird Lohndumping nicht weiter voranschreiten lassen. Sie fordert, feste Beschäftigte im Betrieb und nicht ungesicherte Randbelegschaften. Sie will verhindern, dass irgendwann einmal nur noch einige wenige das Markenzeichen am Auto montieren und alles andere ist ausgegliedert ist. Doch um das tatsächlich zu erreichen, müssen sich auch die Stammbeschäftigten wehren. Dass das funktionieren kann, zeigt sich in der Stahlbranche. Dort haben die IG Metall und Betriebsräte schon Fortschritte erzielt: Bei ThyssenKrupp in Duisburg, bei ArcelorMittal und Salzgitter Flachstahl.

Mit Subventionen in die Arbeitslosigkeit



Interview mit Rudi Arendt, Betriebsrat der Panther Wellpappen Service GmbH & Co. KG

TORNESCH. Nördlich von Hamburg, im schleswig-holsteinischen Kreis Pinneberg, produziert die Panther Packaging seit über einhundert Jahren Verpackungen. Sie ist ein „familiengeführtes Unternehmen“. Hauptprodukt ist der Transportkarton. Er wird verwendet für den Transport von Verbrauchsgütern und Lebensmitteln. Von der eigenen Papierproduktion bis zum Abpickservice beliefert die Panther-Gruppe den europäischen Markt von elf bundesweiten Standorten aus mit Papier, Wellpappe und bedruckt die Kartons mit hochwertigen Bildern und Fotos. Etwa 1000 Mitarbeiter beschäftigt die Gruppe, die ihre Standorte so über die Republik verteilt hat, dass sie durchschnittlich in einem Umkreis von 250 km ihre Kunden erreicht. Gesellschaftsrechtlich hat sich die Gruppe mit einem Jahresumsatz von etwa 250 Millionen Euro in viele, rechtlich voneinander unabhängige GmbH & Co KGs gegliedert. Es gibt nicht einmal Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge hin zur Konzernmutter. Dass dennoch nichts aus dem Ruder läuft, dafür sorgt der Gesellschafter Axel Hilmer, der in allen Gesellschaften der Panther-Gruppe operativ präsent ist. Diese sind nicht im Arbeitgeberverband, aber für zwei Betriebe in Tornesch konnte mit der Gewerkschaft Verdi in den letzten Jahren ein Anerkennungs-

Tarifvertrag erstreikt werden.

Zum 31. Januar 2012 wurde in Tornesch der Betrieb, der die Oberbahn der Wellpappe bedruckt, die später zur Kartonherstellung benutzt wird, geschlossen. 33 KollegInnen sind arbeitslos geworden. Plattgemacht wurde der Betrieb nicht deshalb, weil es der Panther-Gruppe wirtschaftlich schlecht geht oder der Druckbetrieb in Tornesch rote Zahlen geschrieben hätte. Im Jahr 2011 wurde sogar das profitabelste Ergebnis in der Geschichte des Unternehmens erzielt.

Auf die Straße gesetzt wurden die Arbeiter, weil die Panther-Gruppe am Rande Berlins, in Wustermark in Brandenburg, für ca. 17 Millionen Euro ein völlig neues Werk errichtet hat. Hier können 33 Leute mit modernster Drucktechnik mehr als das Doppelte produzieren. Aber als größter Skandal in dieser für die Kollegen und ihre Familien sozialen Katastrophe wurde im Betrieb und in dem Städtchen Tornesch empfunden, dass das Plattmachen hier und die Errichtung des neuen Werks in Wustermark mit über 3 Millionen Euro vom Bundesland Brandenburg subventioniert wurde.

Für die Politischen Berichte Anlass genug, mit Rudi Arendt, dem Betriebsrat von Panther Wellpappen Service GmbH & Co. KG, ein Gespräch zu führen.

neue Technik installiert, im Erhalt von öffentlichen Subventionen liegt.

PB: Nun wurde berichtet, dass die wirtschaftliche Lage des Betriebes in 2011 durchaus noch positiv war. Aber plötzlich findet im September ein Einbruch der Umsätze auf 20% des monatlichen durchschnittlichen Umsatzes statt.

Rudi Arendt: Ja. Hier kommen wir zum Kern unserer Auseinandersetzung. Wir haben das auch durch das vom Betriebsrat in Auftrag gegebene Wirtschaftsgutachten bestätigt bekommen, dass das Unternehmen, trotz der veralteten Technik relativ gut produziert hat und schwarze Zahlen geschrieben hat. Und, wenn man so will, im Jahre 2010 sogar mit einer Produktionsmenge von 100 Millionen Quadratmetern Oberbahn für die Wellpappe das beste Ergebnis in der Firmengeschichte hatte. Und dann kam dieser abrupte

Einbruch, den das Wirtschaftsgutachten als Änderung der Geschäftspolitik einordnet. Das ist der Anfang unseres Konfliktes gewesen, dessen Grund ja darin liegt, dass ein neues Unternehmen in Brandenburg errichtet worden ist mit eben halt der neuen Technik. Dadurch sind uns dann die Aufträge einfach rasant entzogen worden.

PB: Es ist davon die Rede, dass Aufträge innerhalb des Konzerns bewusst umgeleitet worden sind.

Rudi Arendt: Das ist der Punkt, zu dem wir als Betriebsrat immer versucht haben, Informationen zu bekommen. Das ist uns verweigert worden. Wir haben es nachher durch Informationen, die man so nebenbei bekommt, erfahren. Wir haben dafür ganz starke Anhaltspunkte, dass genau dieser Vorgang stattgefunden hat. Dass generalstabsmäßig die Produktion und die Kunden umgeleitet worden sind in das neue Werk in Brandenburg.

PB: Nachdem klar war, dass die Firma die Bude dicht machen will, habt Ihr ja eindrucksvolle Aktionen gestartet. Wie hat die Belegschaft reagiert?

Rudi Arendt: Unser Vorteil war, wenn man das rückblickend sieht, dass wir doch relativ früh angefangen haben, die Auseinandersetzung auch offensiv im Betrieb zu führen und auch mit der Geschäftsführung. Und dass wir deutlich immer darauf hingewiesen haben, dass dieses neue Werk in Brandenburg mit Subventionen entstanden ist und dass wir hier davon ausgehen, dass wir vorsätzlich in unserer Existenz vernichtet werden sollen.

PB: Das war öffentlich sehr wirksam. Die lokale Presse hat ausführlich berichtet. Bitte schildere doch, was Ihr Euch habt einfallen lassen.

Rudi Arendt: Wir haben die Verhandlungen Ende Dezember scheitern lassen und sind damit an die Öffentlichkeit gegangen. Die örtliche Presse hat sehr gut berichtet („Uetensener Nachrichten“, das „Pinneberger Tageblatt“ und auch die Beilage des „Hamburger Abendblattes“). Wir haben gleich zum Thema gemacht, dass es hier um Produktionsverlagerung geht, dass uns diese Informationen bis dato vorenthalten wurden und dass wir den Konzern auffordern, für einen Sozialplan die Verantwortung zu übernehmen. Wir hatten dann die Einigungsstelle, die im Januar 2012 viermal tagte. Wir haben zeitgleich da regelmäßig Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Die Kollegen haben, weil die Einigungsstelle so tagte, dass man auf den Parkplatz der Firma gucken konnte, sich immer während der Verhandlungen dort bemerkbar gemacht. Sie haben gezeigt, dass sie da sind und dass sie sich mit diesen Verhandlungen auch aktiv auseinandersetzen. Wir sind dann nochmals bei der dritten Verhandlung mit einer Aktion vor der Konzernzentrale

PB: Seit wann weiß der Betriebsrat von den Schließungsabsichten?

Rudi Arendt: Offiziell, dass unser Unternehmen geschlossen werden soll, wissen wir erst seit Mitte November 2011. Schon seit Mitte des Jahres, als wir die ersten Anzeichen für eine Betriebsänderung durch Abzug der Aufträge hatten, sind wir mit der Geschäftsleitung in einer intensiven Auseinandersetzung über die Ursachen dieser Auftragsverlagerung. Die Informationen selbst sind uns konsequent verweigert worden.

PB: Wusstet Ihr denn von der Neugründung in Brandenburg?

Rudi Arendt: Ja. Die Neugründung in Brandenburg hat uns der Gesellschafter Anfang 2010 in einer Informationsveranstaltung mitgeteilt, und er hat dort auch nebenbei mitgeteilt, dass der Grund, weshalb man in Brandenburg das neue Unternehmen aufbaut und die

sehr massiv geworden, weil die Geschäftsleitung bis dato nicht das an Abfindungen angeboten hat, was wir gefordert hatten. Das war am 16. Januar. Das hat für die Verhandlung einen erheblichen Schub gebracht. Wir haben mit der Aktion ganz deutlich auf den Gesellschafter gezielt: „Wir lassen uns nicht lautlos verbrennen, Axel!“ Mit Axel war der Gesellschafter Axel Hilmer gemeint. Und mit der Parole: „Subventionen riesengroß! Arbeitnehmer arbeitslos!“ haben wir in der Öffentlichkeit deutlich gemacht, wie sich das Ganze aus unserer Sicht darstellt: Unser Unternehmen wird platt gemacht und keinerlei Alternativen zur Weiterführung des Unternehmens hier am Standort Tornesch seitens des Konzerns sind gewollt.

PB: Die Gewerkschaft Ver.di hat Euch ja gut unterstützt. Wie haben sich die Politiker vor Ort verhalten? Wie die Partei Die Linke? Denn immerhin wird in Brandenburg ja von der Linken der Wirtschaftsminister gestellt.

Rudi Arendt: Wir haben im Verlauf dieser Zeit natürlich versucht, von den Politikern Informationen zu bekommen. Dabei haben wir aber festgestellt, dass das ein relativ schwieriges Feld ist. Das gilt gerade auch für Informationen aus Brandenburg vom Wirtschaftsministerium, von Ralf Christoffers. Wir haben auch in Schleswig-Holstein Kontakte zum Wirtschaftsministerium und zur Landtagsfraktion der Linken geknüpft. Wir haben versucht, so viel wie möglich von diesen Informationen im konkreten Konflikt im Betrieb, wo es um die Sozialplanverhandlungen ging, in die Wagschale zu werfen.

PB: Wie habt Ihr das mit den Subventionen in Brandenburg für die die Panther-Gruppe herausbekommen?

Rudi Arendt: Die Recherche haben wir selbst gemacht. Die Firma hat uns das nicht auf den Tisch gelegt. Wir wussten ziemlich genau, was der Grund für die geplante Schließung in Tornesch war. Nämlich die Errichtung des neuen Werkes in Brandenburg, für das Subventionen fließen würden. Wir sind dann irgendwann fündig geworden. Auf einer Liste der Landesinvestitionsbank Brandenburg, die die von 2007 bis 2010 gestellten Anträge über öffentliche Subventionen dokumentiert, tauchte auch das Werk der „Panther Print GmbH“ mit einer genehmigten Investitionssumme von 3 229 700 Euro auf. Das war dann die berühmte Stecknadel im Heuhaufen. Mit diesen Informationen haben wir dann natürlich offensiv Politik betrieben.

PB: Subventionen – sind sie der strategisch wichtigste Grund für die Betriebsverlagerung?

Rudi Arendt: Ich denke, es ist mit einer der Gründe. Man muss dazu sagen:

Die Panther-Gruppe kann den Vor- druck, den wir herstellen, von Berlin aus auch an alle anderen Werke, die wir ja auch versorgt haben, liefern. Das ist ja heute auf Grund der Logistik möglich. Aber es ist wahrscheinlich nur ein Grund. Und man muss mittlerweile sagen, in Brandenburg in Wustermark ist der größte Standort der Panther-Gruppe. Und ich vermute, dass mittelfristig sich dort auch die Konzernzentrale ansiedeln wird.

PB: Das sind Gelder, die vom Land Brandenburg bezahlt werden?

Rudi Arendt: Richtig. An die Landesinvestitionsbank werden offensichtlich diese Anträge gestellt und sie genehmigt diese Gelder, bzw. der Wirtschaftsminister muss diese Anträge mit unterschreiben.



PB: Gibt es Bedingungen, die an die Gewährung der drei Millionen Euro Subventionen geknüpft sind?

Rudi Arendt: Mir ist zusätzlich zu der Bedingung, 33 Arbeitsplätze zu schaffen, die natürlich nachgewiesen werden müssen, bekannt, dass für einen Zeitraum von fünf Jahren die angegebenen Bedingungen gehalten werden müssen. Danach ist das Unternehmen frei in seinen Entscheidungen.

PB: Die 33 Beschäftigten in Brandenburg: Sind das wieder wie hier bei Euch in Tornesch Fachleute und werden sie wie bei Euch bezahlt?

Rudi Arendt: Nein. Wir gehen mittlerweile davon aus, dass dort Leute beschäftigt sind, die wesentlich weniger verdienen.

PB: Gibt es dort einen Tarifvertrag?

Rudi Arendt: Nein. Es gibt keinen Tarifvertrag. Es handelt sich größtenteils

um Leihleute.

PB: Die neue Technik: Um wie viel effektiver ist sie?

Rudi Arendt: Die neue Maschine in Brandenburg läuft doppelt so schnell und hat eine höhere Kapazität. Diese Maschine besitzt acht Druckwerke an einem Zentralzylinder und ein zusätzliches Lackwerk. Unsere Maschinen, die wir hier in Tornesch bedient haben, das waren Maschinen bis zu sechs Farben bzw. vier Farben an einem Zentralzylinder. Zentralzylinder betone ich deshalb, weil dort passgenau gedruckt werden kann. Es gibt dort in Brandenburg eine erhöhte Geschwindigkeit und die doppelte Anzahl von Druckwerken mit denen dort passgenau gedruckt werden kann.

PB: Ihr habt durch eigene Recherche diese Liste der Subventionen in Brandenburg herausbekommen. Ihr habt Euch aber auch grundsätzlich mit dieser Art Subventionen beschäftigt.

Rudi Arendt: Wir haben bei unserer Recherche zu diesen Subventionen versucht herauszubekommen, ob es sich bei einer Produktionsverlagerung um Subventionsbetrug handelt. Weil man vom normalen Empfinden nicht verstehen kann, weshalb ein Werk von einem Bundesland in das andere geht, von einem Fördergebiet in ein anderes Fördergebiet wechselt, und dafür öffentliche Mittel erhält. Dabei aber nicht 33 Arbeitsplätze neu schafft, sondern nur verlagert.

Wir haben herausfinden können, dass es einen Koordinationsausschuss gibt, der beim Bundeswirtschaftsministerium angesiedelt ist. Er muss tätig werden, wenn Unternehmen von einem Fördergebiet in das andere gehen. Und zwar von einem niedrigeren Fördergebiet in ein Fördergebiet mit einem höheren Förderungssatz und dort durch die Verlagerung über die Hälfte der Arbeitsplätze wegfallen. Der Ausschuss muss dafür sorgen, dass es zwischen den Gebieten eine Einigung gibt. Kommt diese Einigung nicht zustande, gilt der Fördersatz des niedrigeren Fördergebietes. So sind die Regeln.

Wir haben nun in unserem Fall das Problem, dass der Kreis Pinneberg kein Fördergebiet ist. Er gilt als strukturstark. Und da wird nun politisch in Kauf genommen, dass eine Abwanderung stattfindet, die gefördert wird und zugleich am bisherigen Standort Arbeitsplätze vernichtet. Wir finden, dass das eine Regelungslücke ist. Wir sind nach den Gesprächen mit den Wirtschaftsministerien, auch sogar mit der Staatsanwaltschaft und dem Landesrechnungshof, zu der Überzeugung gekommen: Hier muss auf dem politischen Feld etwas geregelt werden!

PB: Ihr habt in Euren Argumenten immer von „vorsätzlicher Existenzvernichtung“ gesprochen. Das sei

nicht nur ein Ausdruck moralischer Empörung.

Rudi Arendt: Es gibt vom Bundesgerichtshof Urteile zur „Existenzvernichtungshaftung“. Das ist eine juristische Figur. Die wird ein erster Linie dann angewendet, wenn ein Unternehmen in die Insolvenz geraten ist und wo nachgewiesen werden konnte, dass der Betrieb vorsätzlich an die Wand gefahren wurde. Man muss natürlich immer im Einzelnen den Vorgang als solchen nachweisen können. Der Bundesgerichtshof hat in jüngeren Urteilen zum BGB § 826 festgestellt: wenn jemand jemanden vorsätzlich schädigt, hat er für den Schaden aufzukommen. Das ist ein Grundsatz. Deshalb kann ein Insolvenzverwalter dann auch auf den Konzern zurückgreifen, wenn dort dieses missbräuchliche In-die-Insolvenz-Gehen festgestellt worden ist, wenn vorsätzlich die Existenz von Belegschaften vernichtet worden ist. Was aber dann auch immer zu beweisen ist.

PB: Konntet Ihr den Nachweis führen?

Rudi Arendt: Das ist in den Verhandlungen ein schwieriger Punkt gewesen. Durch Eigenrecherche konnten wir das zu einem Punkt bringen, wo die Gegenseite gemerkt hat, dass sie Probleme kriegen kann. Und dass wir durchaus dort Möglichkeiten hätten, diesen Durchgriff und diese Existenzvernichtungshaftung anzubringen. Deshalb gibt es bei diesen Sozialplanverhandlungen den Erfolg, dass wir eine relativ hohe Summe, die der Konzern verpflichtend zuschießt, durch eine Individualvereinbarung mit dem Konzern vereinbaren konnten. Der einzelne Arbeiter hat diese Vereinbarung unterschrieben. So ist abgesichert, dass selbst im Insolvenzfall die 28 Kollegen insgesamt eine Summe von 900 000 Euro erhalten. Das konnten wir immerhin durchsetzen.

PB: Was kommt nun auf die entlassenen Kollegen zu?

Rudi Arendt: Der Altersdurchschnitt liegt bei uns bei Ende Vierzig. Ein Teil der Kollegen sind Anfang Fünfzig. Und da ist völlig klar, dass die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt relativ schwer sind. Leiharbeit wird die Zukunft sein. Das bedauern wir natürlich nach wie vor sehr stark, weil wir Fachkräfte gewesen sind; aber sicherlich auch Fachkräfte, die sehr selbstbewusst auch ihre Interessen als Arbeiter und Gewerkschafter vertreten haben.

Deswegen will ich angesichts des relativ guten Ergebnisses für den Sozialplan auch nicht nur von Erfolg sprechen. Aber es ist immerhin ein Achtungsergebnis, mit dem wir denn auch irgendwie leben können.

Das Interview führte Karl-Helmut Lechner, Norderstedt

Quellen: <http://www.verdi.de/themen/arbeit/>
++co++dce29342-45c7-11e1-4f33-0019b9e321ed
<http://www.panther-packaging.com/>

Neu erschienen ist ein Themenheft *München Solidarisch: Gute Arbeit – Soziale Stadt*, in dem sich die Mitglieder der Stadtratsgruppe der Linken nach einer innerparteilich integrierenden und in den vielen Anwendungsfällen der Selbstverwaltung auch praktikablen Linie des Umgangs mit städtischer Arbeitsförderung umsehen. Das Heft umfasst 16 Seiten DIN A4. Inhalt: Einleitung. Von Maren Ulbrich • Armut in einem reichen Land – Eine Herausforderung für Linke Kommunalpolitik. Von Brigitte Wolf und Martin Fochler • Zwangsehe vor dem Aus? Von Dagmar Henn und Mario Simeunovic • Erwerbstätigenprognose München 2011. Von Stefan Breit • Ein-Euro-Jobs und Interessensvertretung. Von Orhan Akman • Ein-Euro-Jobs sind völlig wirkungslos. Von Maren Ulbrich und Orhan Akman • Wettbewerbsneutral oder marktnah? Von Dagmar Henn • Dokumentiert: Bürgerarbeitsstellen in München – Auszüge der Debatte des Stadtrates in der Vollversammlung am 27. Juli 2011. • Dokumentiert: Bürgerarbeit in München – Zwei Anfragen. Download: www.dielinke-muenchen-stadtrat.de. Wie dokumentieren hier den Beitrag von Brigitte Wolf und Martin Fochler.

Armut in einem reichen Land – Eine Herausforderung für Linke-Kommunalpolitik

München ist Zentrum einer Boom-Region. Hier zeigt sich: Es sind nicht nur die Krisen, die Menschen aus dem Wirtschaftsleben ausgrenzen. Die von Verwertungsinteressen dominierte Wirtschaft erzeugt sogar während der Wachstumsphasen Armut. Eine Sozialpolitik, die sich als Lieferant des Arbeitsmarktes missversteht, kann den Menschen, die der Markt ausgrenzt, nicht raten und nicht wirklich helfen. Fürs zivile Leben nötige Güter werden unerschwinglich, öffentliche Einrichtungen, die von allen finanziert werden und für alle gedacht waren, werden für die Armen unzugänglich.

Die Lebenserwartung ist die vielleicht härteste Kennziffer zur sozialen Lage. Im Bundesdurchschnitt ist die Rentenbezugsdauer in den letzten zehn Jahren um 0,7 Jahre gestiegen. Mehr vom Leben für Alle? Die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten der Linken, Matthias Birkwald, zeigt eine andere Entwicklung. Die Lebenserwartung der Menschen mit unterdurchschnittlichem

Einkommen sank in diesem Zeitraum um anderthalb bis zwei Jahre (siehe Tabelle).¹ Fast ein halbes Jahrhundert führte die Lohn- und Tarifpolitik der Gewerkschaften, die linke Sozialpolitik und der Kampf um bessere öffentliche Einrichtungen und Dienste zu mehr Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger. Da ging es noch aufwärts, inzwischen geht es für viele abwärts. Wie ist es dazu gekommen? Was kann die Kommunalpolitik dagegen tun?

Die Löhne und Arbeitsbedingungen werden zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden ausgekämpft. Die sozialen Leistungen sind durch Bundes- und Landesgesetze definiert, und das gilt auch für das Angebot öffentlicher Dienste und Leistungen. Auch in diesen eng gezogenen Grenzen macht es für das tägliche Leben viel aus, ob die kommunale Selbstverwaltung in der Rolle eines Zulieferers von Arbeitskräften aufgeht oder ob sie sich in all ihren Schritten als Garant der Menschenwürde der Bürgerinnen und Bürger begreift und auch entsprechend verhält.

Die Politik muss den Markt nicht bedienen, sondern ordnen

Im Folgenden wollen wir an drei Beispielen zeigen, wie die kommunale Selbstverwaltung im letzten Jahrzehnt davon absah, Marktverhältnisse zu ordnen, und anfang, sie zu bedienen. Mit den besten Absichten und völlig taub für kritische Einwände.

Erstes Beispiel:

Von der Pauschalierung der Sozialhilfe ...

Jahrzehntelange hatte es keine sozialistische Kraft in den Stadtrat von München geschafft. 2002 konnte die Offene Liste der PDS die erforderlichen Unterschriften sammeln und dann auch ein Mandat erreichen. Gleich zu Beginn der Amtszeit stand die Pauschalierung

der Sozialhilfe an, der Beschluss dazu war bereits in der vorausgegangenen Amtsperiode auf Initiative von SPD und Grünen gefasst worden. Propagiertes Ziel war mehr Selbständigkeit der Lebensführung für Sozialhilfebezieher/innen. Unsere Warnung in MitLinks Nr. 1 vom Juli 2002:

„Sozialhilfeleistungen: CSU, REP und auch die FDP stehen im Prinzip immer für Leistungsabsenkungen, um dadurch Druck auf die Leistungsempfänger/innen auszuüben, im Billiglohnsektor Arbeit aufzunehmen. Dabei wird billigend in Kauf genommen, dass es auch all jene trifft, die überhaupt nicht mehr (oder noch nicht) arbeiten können – etwa 80 Prozent der Hilfeempfänger/innen. Für die

CSU sind das jedoch alles Menschen, die mehr oder weniger selber schuld sind an ihrer Notlage. Bei einer Absenkung der Sozialhilfe kommen natürlich auch die unteren Lohngruppen unter Druck – ein beabsichtigter Nebeneffekt. SPD und Grüne begründeten den Pauschalierungsversuch mit der Förderung der Selbständigkeit. Ihre strikte Weigerung, den Betroffenen ein Mitspracherecht über die Teilnahmen diesem Versuch zu gewähren, weist aber darauf hin, dass es viel eher um erhoffte Arbeitsvereinfachungen und Effektivitätsgewinne im Sozialreferat geht.“²

In einem kurz vorher veröffentlichten Flugblatt zitierten wir die damalige PDS-Sozialministerin Mecklenburg Vorpommerns, Dr. Martina Bunge, die das Pauschalierungsvorhaben als Versuch charakterisiert,

„... sozialhilferechtliche Grundsätze zu demontieren und das individuelle Bedarfsdeckungsprinzip des Bundessozialhilfegesetzes auszuhebeln.“³

Nachdem die Stadtratsmehrheit und breite Öffentlichkeit nicht zugeben wollten, dass in Lebenslagen, die zum Sozialhilfebezug berechtigen, immer wieder und unvermeidlich besondere Situationen auftauchen – Im Verwaltungsdeutsch „individuelle Bedarfe“ –, die besondere Hilfe erfordern, wandten sich viele Betroffene, Sozialhilfebezieher und auch Menschen aus der Sozialarbeit, an die Offene Liste der PDS. Diese Reform führe nicht zu mehr Selbständigkeit sondern zu einer wachsenden Zahl kleiner und großer Tragödien. Was tun, wenn Kühlschrank oder Waschmaschine kaputt gehen, wenn es kalt wird, und ein Mantel fehlt, wenn die Brille zerbricht, wenn das Futter für die geliebte Katze nicht gekauft werden kann, wenn ein Besuch bei Freunden ausfällt, weil die U-Bahn zu teuer ist ... Achselzucken

Tab. 4: Rentenbezugsdauern und -höhen von Altersrentenwegfällen mit mindestens 35 Versicherungsjahren Deutschland (mit Ausland), Männer - alte Länder inkl. Berlin-West

Entgeltposition von ... bis unter ... durchschnittliche persönliche Entgeltpunkte je Versicherungsjahr		Anzahl und Verteilungsmaß	2001	2010	Veränderung 2001 - 2010 in %	
Insgesamt		durchschn. Rentenzahlbetrag in Euro	1.174	1.212	3,2%	
		durchschn. Rentenbezugsdauer	16,7	18,4	10,2%	
		durchschn. Rentenbezugsdauer ab 65. Lj	13,8	14,4	4,3%	
		durchschn. Sterbealter	78,8	79,4	0,8%	
Geringverdiener: < 0,75 Entgeltpunkt	unter 0,5	durchschn. Rentenzahlbetrag in Euro	380	443	16,6%	
		durchschn. Rentenbezugsdauer	11,1	10,8	-2,7%	
		durchschn. Rentenbezugsdauer ab 65. Lj	11,8	10,7	-9,3%	
		durchschn. Sterbealter	76,8	75,7	-1,4%	
	0,5-0,75	durchschn. Rentenzahlbetrag in Euro	685	717	4,7%	
		durchschn. Rentenbezugsdauer	14,2	14,2	0,0%	
		durchschn. Rentenbezugsdauer ab 65. Lj	12,4	10,9	-12,1%	
		durchschn. Sterbealter	77,4	75,9	-1,9%	
	Durchschnittsverdiener = 1,0 Entgeltpunkt	0,75-1,00	durchschn. Rentenzahlbetrag in Euro	908	968	6,6%
			durchschn. Rentenbezugsdauer	16,1	17,2	6,8%
durchschn. Rentenbezugsdauer ab 65. Lj			12,8	12,7	-0,8%	
durchschn. Sterbealter			77,8	77,7	-0,1%	
1,00-1,25		durchschn. Rentenzahlbetrag in Euro	1.172	1.240	5,8%	
		durchschn. Rentenbezugsdauer	16,5	19,0	15,2%	
		durchschn. Rentenbezugsdauer ab 65. Lj	13,4	14,7	9,7%	
		durchschn. Sterbealter	78,4	79,7	1,7%	
1,25-1,50		durchschn. Rentenzahlbetrag in Euro	1.426	1.517	6,4%	
		durchschn. Rentenbezugsdauer	17,1	19,7	15,2%	
		durchschn. Rentenbezugsdauer ab 65. Lj	14,5	16,0	10,3%	
		durchschn. Sterbealter	79,5	81,0	1,9%	
über 1,50	durchschn. Rentenzahlbetrag in Euro	1.704	1.790	5,0%		
	durchschn. Rentenbezugsdauer	20,3	21,3	4,9%		
	durchschn. Rentenbezugsdauer ab 65. Lj	18,5	18,7	1,1%		
	durchschn. Sterbealter	83,5	83,7	0,2%		

Quelle: DIE LINKE: Große Anfrage "Rente erst ab 67 - Risiken für Jung und Alt", Antwort der Bundesregierung, BT-Drs. 17/7966 vom 30.11.2011, Antwort auf Frage 11; eigene Berechnungen.¹

bei den politischen Entscheidern. Auch ökonomische Hinweise, dass sich aus knappem Budget keine individuelle Risikoversorge bestreiten lässt und der Ausfall lebensnotwendiger Gegenstände in eine Abwärtsspirale führt, drangen nicht durch.

... zu Hartz IV ...

Im Rückblick kein Wunder, denn die Abkehr vom „Bedarfsdeckungsprinzip“ war der Testlauf für den Umbau der Sozialsysteme, der unter dem Namen „Hartz IV“, fachlich „Sozialgesetzbuch II“ (SGB II) bekannt ist und bewirkt, dass eine wachsende Zahl von Menschen aus dem Wirtschaftsleben ausgesteuert und zur Armut verurteilt wird. Wie konnte sich, auch bei sozial eingestellten, an Solidarität orientierten Mitbürger/innen eine Stimmung

für „Fördern und Fordern“ ausbreiten?

Jahrzehntlang konnte berufliche Entwicklung und damit besserer Zugang zum Arbeitsmarkt als der Schlüssel zum besseren Leben gelten. Die Nachfragesituation deckte damals das ganze Angebot ab und so konnte übersehen werden, dass Märkte nicht nur Anbieter und Nachfragen zusammenbringen. Märkte sortieren, brutal gesagt: sie sortieren auch aus. Der Gemüsemarkt macht das z.B. mit Kartoffelsorten, die aus der Mode kommen, der Arbeitsmarkt mit Berufen und: mit Menschen.

Die menschliche Arbeitskraft ist Ergebnis langer Einübungs- und Lernprozesse. Der Markt sortiert Arbeitskräfte aus, weil die Arbeitgeber Umbildungs- und Umschulungsprozesse im Job nicht tragen wollen und oft auch nicht können (wenn z.B. ganze Branchen untergehen). Lebenslanges Lernen schön und gut,

aber die Dinge brauchen ihre Zeit. Und manches geht gar nicht (mehr). So kann unser Oberbürgermeister vielleicht Ministerpräsident werden, während er als Dachdecker wohl unvermittelbar bliebe.

... und Ein-Euro-Jobs

Die Bundestagswahlen 2002 waren durch Hoffnungen vor allem der SPD auf die Heilkraft des Wundermittels Markt bestimmt, die PDS, ging auf lediglich vier Prozent zurück, es blieben nur zwei Direktmandate. Die von der Partei entwickelte Kritik an der Agenda 2010 konnte von der Schröder-Fischer-Regierung ignoriert werden. Sie sah vor allem die Folgen für das soziale Leben in den Kommunen mit bemerkenswerter Klarheit voraus. So formulierte 2004 eine Bundeskommunalkonferenz der PDS:

„Das Leben in den Kommunen als Lebens- und Arbeitsort wird mit den rot-grünen Sozial- und Arbeitsmarktreformen immer unsozialer. Hartz IV bedeutet einen Angriff auf elementare soziale und demokratische Rechte der Betroffenen und eine unzumutbare Belastung für die Kommunen. Diese Politik wird in Ostdeutschland und in strukturschwachen Regionen in Westdeutschland zu noch mehr Abwanderung, zum Rückzug der Frauen vom Arbeits-



*** Dokumentation.** Im August 2011 erschien der „MitLinks Archivband I 2002-2008“. Der Band umfasst die Ausgaben von MitLinks Nr. 1 (Juli 2002) bis MitLinks Nr. 24, (April 2008) sowie sämtliche mit der Zeitschrift verbreiteten Beilagen. Er ist mit einem umfangreichen Stichwortregister versehen. Der Band, der 924 Seiten im Format DIN A4 umfasst, kann als durchsuchbare PDF-Datei (40 MB, gezippt) von www.flink-m.de/267.0.html heruntergeladen werden. Die gebundene Ausgabe kann im Stadtratsbüro sowie bei der Monacensia eingesehen werden. Der Archivband II, der 2008-2011 umfassen wird, ist zur Zeit noch in Arbeit.

markt, zu noch mehr Armut und zu noch größeren Löchern in den kommunalen Kassen führen.

Die kommunale Selbstverwaltung wird zunehmend ausgehöhlt.⁴

Die seither vergangenen acht Jahre haben diese Befürchtungen Realität werden lassen. Die Armut hat zugenommen, und neben armen Haushalten finden sich inzwischen dauerhaft, fast aussichtslos verarmte Kommunen. Doch zurück ins Jahr 2004. Damals argumentierte MitLinks mit Blick auf München.

„Fördern und Fordern“, dies ist das Kernstück der Reformen, die unter dem Label „Hartz“ firmieren. Dabei gehen sowohl der Kommissionsbericht wie auch die Reformgesetze durchgehend von der Prämisse der „aktivierenden Arbeitsmarktpolitik“ aus. Dies bedeutet, Arbeitslosigkeit wird als ein „Angebotsproblem“ betrachtet, die angebotene Arbeitskraft sei zu unflexibel und materiell zu anspruchsvoll.

Aus dieser Grundüberlegung sollen – so Hartz, so auch der Gesetzgeber – die Angebotsbedingungen der Arbeitskraft denen des Marktes „angepasst“ werden. Daher die Regelungen über die „Neue Zumutbarkeit“ – Kernsatz: „Jede Arbeit ist zumutbar“, daher alle jene Überlegungen zu Niedriglohnbereichen, sei es in Ich-AGs, Mini-Jobs, Midi-Jobs und Personal-serviceagenturen.

In München werden diese Gesetze genauso wie im restlichen Bundesgebiet umgesetzt werden müssen.

Doch Einflussmöglichkeiten der Kommune sind, letztlich Dank des Optionsgesetzes und der Gründung einer ARGE immer gegeben – und wären im Falle einer öffentlich-rechtlichen ARGE durchaus bedeutender. Es ist z.B. letztlich eine Angelegenheit der ARGE, ob und in welcher Form sogenannte „Ein-Euro-Jobs“ eingerichtet werden. Gesetzgeberisch ist dort viel möglich. In München gibt es bereits heute – noch vor Einführung von Hartz IV einige hundert sog. Mehraufwandsentschädigungsverhältnisse, sie werden in der Stadt mit 1,25 Euro vergolten. Über diese Jobs ließe sich viel streiten, entscheidend scheint jedoch zu sein, ob die Annahme solcher Jobs freiwillig geschehen soll oder nicht.⁵

Es zeigte sich bald, dass seitens der Betroffenen eine ganz erhebliche Nachfrage nach den sog. Ein-Euro-Jobs bestand. In aller Regel ging es dabei um die Möglichkeit, sozialen Anschluss zu finden. Anschluss im Arbeitsleben und Anschluss auch durch die sozialen Möglichkeiten, die ein paar Euro mehr im Monat bieten. Offiziell sollten diese Jobs die Betroffenen an ein Normalarbeitsverhältnis heranzuführen. Es hat sich herausgestellt, dass das nur ganz selten funktioniert. Unsere Ansicht dazu ist, dass ein heutiger Normalarbeitsbetrieb sich zur Umschulung, Fortbildung und Rehabilitation der Arbeitskraft kaum noch eignet. Er weist Menschen ab, die

bei Arbeit und Lernen auf besonders enge Kooperation und Betreuung angewiesen sind. Gibt es andere Möglichkeiten? Dazu wollen wir uns am Ende dieses Berichts äußern.

Zunächst aber zu der zweiten Frage: Wie steht die kommunale Politik zum Tarifsystem, zu Arbeitnehmerrechten und zum Arbeitskampf.

Zweites Beispiel: Arbeit und trotzdem arm – Verfall der Tarife ...

Die Vermengung von Tarifbereich und Sozialbereich ...

Im letzten Jahrzehnt muss sich eine wachsende Zahl von Menschen mit kombinierten Einkommen durchs Leben schlagen, niedrige Lohneinkommen werden durch Leistungen der öffentlichen Hand „aufgestockt“. Die Vermischung von sozialer Leistung und Arbeitsmarkt wurde von der Gewerkschaftsbewegung von Anfang an als Gefahr erkannt. MitLinks Nr. 10, März 2005, dokumentiert die Forderungen des DGB-München zu Ein-Euro-Jobs in München:

Einrichtung eines Vergabeausschusses unter der Beteiligung der Gewerkschaften (Nutzer und Träger von Arbeitsgelegenheiten können nicht Mitglied sein). Der Ausschuss prüft die Kriterien (Zusätzlichkeit, öffentliches Interesse). Vor Genehmigung ist von der zuständigen Arbeitnehmervertretung eine Stellungnahme einzuholen. Arbeitsgelegenheit muss mit Qualifizierungsanteilen versehen sein und läuft für längstens sechs Monate. Erhöhung der Mehraufwandsentschädigung auf zwei Euro/Stunde.

Bislang sind die Kontrollmöglichkeiten denkbar gering ... Deshalb müssen unbedingt Verfahrensregeln durchgesetzt werden, die den Missbrauch verhindern.⁶

Inzwischen wissen wir, dass die Vermengung von Lohnarbeit und Sozialleistung in weiten Bereichen der Erwerbswirtschaft zu Löhnen geführt hat, die selbst bei Vollzeitbeschäftigung eine unabhängige Lebensführung nicht ermöglichen. Wie hat sich eine solche Niedriglohnzone herausbilden können?

... eine unfaire Tarifpolitik und Löhne, von denen man nicht leben kann

Dabei hat die Lohn- und Tarifpolitik der öffentlichen Hand eine unrühmliche Rolle gespielt. So berichtet MitLinks bereits im April 2003:

Freiwillige Leistungen für städtische Mitarbeiter werden gestrichen, entsprechende Tarifvereinbarungen einseitig gekündigt. Proteste von Verdi lassen Personalreferent Dr. Böhle kalt. Unser Antrag, mit dem Tarifpartner vor einer Entscheidung wenigstens zu verhandeln, findet nicht die Unterstützung von SPD und Grünen. So entscheidet der Stadtrat selbstherrlich, ohne Verhandlungen.⁷

Im Dezember 2003, zeigte sich anlässlich der Umwandlung der Kammer-

spiele in eine GmbH, dass die Stadt sich nicht schämt, vereinbarte Verträge zu umgehen und Geld durch Lohnrückerei im Niedriglohnbereich zu machen.

„Der Veranstaltungsdienst wurde gleichfalls „outgesourced“ – zur Einsparung von 30 Prozent der Personalkosten. Künftig gelte der Tarif der Bewachungsbranche.“⁸

Wie viele unserer Leserinnen und Leser wissen werden, hat sich in der Nachkriegsgeschichte der BRD im öffentlichen Dienst eine starke Gewerkschaftsbewegung herausgebildet, die Niedriglohngruppen systematisch aufgerollt hat. Allerdings konnte nicht verhindert werden, dass sich außerhalb des öffentlichen Dienstes Anbieter auf der Basis von Niedriglöhnen bildeten. Da stellt sich dann für die öffentliche Hand und für die Stadträte die Frage, ob sie eine solche Situation ausnutzen wollen, oder nicht. Die Stadt München hat es getan, die Stadtratsmehrheit hat es hingenommen. Warum?

Interessengegensatz und Interessenausgleich

Der Stadtrat muss den Haushalt aufstellen. Öffentliche Einrichtungen, soziale Leistungen und Investitionen in die Infrastruktur wollen finanziert sein. Es kommt zu Zielkonflikten und auch zu Auseinandersetzungen. Lohnfindung ist aber etwas anderes als Lohnrückerei. So sehen sich die Stadträt/innen der Linken durchaus als sparsame Haushälter, die anerkennen, dass Interessenkonflikte zwischen Gewerkschaften und dem städtischen Arbeitgeber unvermeidlich sind. Wenn die Stadt aber für Löhne arbeiten lassen will, die Armut bedeuten oder in die Verarmung führen, gehören wir auf die Arbeitnehmerseite. Inzwischen hat sich eine breite, in fast allen Parteien wirksame Strömung entwickelt, die den Grundsatz „Von Arbeit muss man leben können“ anerkennt. Das bleibt nicht ohne Folgen. Forderungen, mit denen die Linke früher allein stand, werden realistisch. Stichworte dafür: Mindestlohn, Tarifbindung von Firmen als Voraussetzung für die Teilnahme bei öffentlichen Ausschreibungen.

Kann die Stadt München mit ihrem Gewicht als großer Arbeitgeber dieser Entwicklung weiterhelfen? Eine Anregung dazu im Fazit dieses Berichts.

Beispiel 3: Öffentliche Einrichtungen für Alle – Keine soziale Diskriminierung

Armut zeigt sich nicht nur beim Lohneinkommen. Eine große Rolle spielt auch, ob die öffentlichen Einrichtungen für alle zugänglich sind.

Der Fall „Bücherbegehren“: Eine sympathische Initiative scheitert

Anfang 2003 beschloss der Stadtrat

mehrheitlich, die Bibliothek in der Nachbarschaft durch Schwerpunkt-einrichtungen zu ersetzen. Dazu MitLinks im März 2003:

„Gegen die Schließung von Stadtteilbibliotheken wurde Anfang März ein Bürgerbegehren auf den Weg gebracht. Innerhalb von vier Wochen wurde mehr als die Hälfte der erforderlichen Unterschriften gesammelt. Schon die Ankündigung bewirkte, dass SPD und Grüne/Rosa Liste die geplanten Kürzungen um etwa ein Drittel reduzierten. Doch das ist den Initiatoren nicht genug: Sie wollen, dass alle bisherigen Stadtteilbibliotheken erhalten bleiben – die PDS München unterstützt diese Absicht nach Kräften. Gerade in Zeiten der Krise müssen die Einrichtungen erhalten bleiben, die als öffentliches Angebot Allen zur Verfügung stehen – gerade auch Denen mit wenig Geld. In diesem Bereich werden selbst kleine Verbesserungsvorschläge, die keine zusätzlichen Kosten verursachen, von den größeren Stadtratsfraktionen nicht mitgetragen.

Mein Änderungsantrag, verbilligte Eintrittskarten für die Münchner Kammer-spiele nicht nur an Schüler und Studenten, sondern auch an Sozialhilfeempfänger im Vorverkauf abzugeben, wurde ohne Debatte abgelehnt.⁹

Obwohl bei der Abstimmung im Dezember 2003 ca. 70% der Abstimmenden pro und nur 30 Prozent contra stimmten, scheiterte das „Bücherbegehren“ am Quorum. Oberbürgermeister Ude hatte die Bürger aufgefordert, der Abstimmung fernzubleiben. MitLinks Nr. 5 zitiert den OB wie folgt:

„Über 90 Prozent der Münchnerinnen und Münchner haben es nach Ansicht des OB dem Stadtrat überlassen, ausgewogene und sachgerechte Sparbeschlüsse zu fassen und auch umzusetzen.“¹⁰

Das knappe Scheitern des von großer Sympathie begleiteten Bücherbegehrens am Quorum verweist auf ein politisches Problem. In der politischen Diskussion genügt es nicht, eine gute Sache für sich herauszustellen. Es muss gezeigt werden, was die abgelehnte Maßnahme für die Allgemeinheit bedeutet. Die Entfernung der Bibliothek aus der Nachbarschaft der Quartiere war ein Schritt in Richtung Ausgrenzung.

Sozialticket – wie ein Erfolg möglich wurde

Viele unserer Leserinnen und Leser

werden sich noch an die Auseinandersetzung um ein Sozialticket – gestartet mit einem Antrag im Dezember 2005¹¹ – erinnern, die letztlich zum Erfolg führte. Die Kampagne, die vor allem von Betroffenen und Sozial- und Wohlfahrtsverbänden aufgegriffen und zum Erfolg geführt wurde, hatte eine Richtung gegen die Politik der sozialen Ausgrenzung, sie konnte als kleiner Schritt in Richtung auf ein größeres Ziel eingeordnet werden.

Schlussfolgerungen

Das soziale Leben ist mehr als der Markt

Auch in der heutigen, kapitalistisch dominierten Wirtschaft wird gesellschaftlich bedeutsame Arbeit keineswegs nur über den Arbeitsmarkt organisiert. Arbeit für und mit Rücksicht auf andere hat nicht nur dadurch Sinn, dass so-und-so-viel Prozent Gewinn herauskommen. Diese Tatsache berücksichtigt auch die Gesetzgebung, die Arbeit im Rahmen der Familie, in gemeinnützigen Vereinen, im Ehrenamt anders bewertet als Arbeit zu Erwerbszwecken. Die heutige Gesellschaft erkennt an, dass jeder Mensch eine Wohnung braucht. Weil der Wohnungsmarkt Menschen aussondert, verpflichtet das Gesetz die Gemeinden zur Unterbringung. Wenn wir heute erleben, dass der Arbeitsmarkt Menschen aussondert, sollte der öffentlichen Hand auferlegt werden, für Arbeitsgelegenheiten zu sorgen.

Gemeinnützige Arbeit

Mit Blick auf die vielen Einrichtungen und Vereine, die in München – auch im Rahmen des MBQ-Programmes – solche Angebote machen, sehen wir eine Chance. Politisch zu klären wäre, dass die Arbeit in solchen gemeinnützigen Einrichtungen einen eigenen Beitrag zur Gesellschaft leistet. Es handelt sich nicht um einen zweiten Arbeitsmarkt, der auf den ersten Arbeitsmarkt vorbereitet, sondern um gemeinnützige Arbeit.

Wir sehen in diesem Bereich Chancen für die Menschen, die der Arbeitsmarkt aus xerlei Gründen ausgegrenzt hat. Unserer Meinung nach liegt hier eine gesellschaftliche Chance, die genutzt

werden kann. Allerdings besteht einiger Klärungsbedarf. Die Abgrenzung von Unternehmen mit Erwerbszweck und gemeinnützigen Einrichtungen. Hier ließe sich an steuerrechtlichen Würdigung (Anerkennung der Gemeinnützigkeit) anknüpfen. Zweitens ist aus unserer Sicht unumgänglich, dass die Arbeitnehmerrechte in solchen Einrichtungen geklärt werden. Drittens sollte gemeinnützige Arbeit mit Chancen zur Ausbildung und Rehabilitation der Arbeitskraft verbunden werden. Viertens und nicht zuletzt muss gemeinnützige Arbeit angemessen vergütet werden. Die Beziehung zum Arbeitsmarkt kann ein übergreifend geregelter Mindest-Stundenlohn bieten.

Die gegenwärtige durch Sanktionen erzwungene Arbeit (z.B. Ein-Euro-Arbeit) kennt keine Rechte der Beschäftigten. Dieser Missstand ist letztlich nur durch den Bundesgesetzgeber zu bereinigen. Allerdings könnte die Stadt München vorab etwas tun.

Faire Tarife – gute Arbeit – gutes Geld

Vor Jahren schon hat die Landeshauptstadt München ein „Anlageuniversum“ definiert. München macht nicht jedes Geschäft. Es sollte doch eigentlich möglich sein, zu definieren, welche Leitplanken die Landeshauptstadt im Interessengegensatz von Arbeitgeberseite und Arbeitnehmern einhalten will. Gilt der Grundsatz „Von Arbeit muss man leben können“? Soll die Stadt mit ihren Unternehmen und Beteiligungen Tarife, die sie selbst als Mitglied des kommunalen Arbeitgeberverbandes abgeschlossen hat, unterlaufen?

Öffentliche Güter und Einrichtungen gegen die Wiederkehr der Armut einsetzen

In fast allen Parteien wird anerkannt, dass öffentliche Güter und Einrichtungen zum Ausgleich der Diskriminierung eingesetzt werden sollten. Trotzdem lässt sich in der Landeshauptstadt München ein gezielter Einsatz der öffentlichen Mittel gegen die Wiederkehr der Armut nur punktuell ausmachen. Es gibt viele Beispiele, die in die andere Richtung zeigen. Unterm Strich werden auch bei uns in München die Armen ärmer und die Reichen reicher.

- 1 Matthias W. Birkwald, MdB, Lebenszeit von Geringverdienern seit 2001 gesunken –Vollzeit-Beschäftigung 64-Jähriger weiterhin unter zehn Prozent. Die Linke legt Antrag zur sofortigen Aussetzung und schnellstmöglichen Abschaffung der Rente erst ab 67 vor. www.matthias-w-birkwald.de/serveDocument.php?id=89.a4b.pdf, siehe auch Kasten auf dieser Seite.
- 2 Brigitte Wolf, (Fast) 100 Tage im Stadtrat, MitLinks Nr. 1, Juli 2002, Dokumentation* S. 60
- 3 Offene Liste der PDS im Stadtrat, Flugblatt, Keine Kürzung der Sozialhilfe durch Pauschalierung, Mai 2002, Dokumentation* S. 55
- 4 Dokumentiert: „Für starke Kommunen in einem sozialen, demokratischen und friedlichen Europa. Sömmerdaer Erklärung der Bundeskommunal-konferenz der PDS vom 14. bis 16. Mai 2004“. In: MitLinks Nr. 7, Juni 2004, Dokumentation* S. 259
- 5 Andreas Thomsen, Hartz IV in München; in: MitLinks Nr. 9, Dezember 2004, Dokumentation* S. 296 ff.
- 6 Dagmar Rüdenburg, Nachrichten aus der Niedriglohnzone, in: MitLinks Nr. 10, März 2005, Dokumentation* S. 334
- 7 Brigitte Wolf, Der Stadtrat tut. Was er sich leisten kann. MitLinks Nr. 3, April 2003, Dokumentation* S. 148
- 8 Brigitte Wolf, *Tendenz: trübe bis veränderlich, Stadtrat auf (Teil-)Privatisierungstrip?*, in MitLinks Nr. 5, Dez. 2003, Dokumentation* S. 189
- 9 Brigitte Wolf, *Bücherbegehren läuft an*, in: MitLinks Nr. 3, April 2003, Dokumentation* S. 148.
- 10 Bücherbegehren an Quorum gescheitert, MitLinks Nr. 5, Dezember 2003, Dokumentation* S. 194.
- 11 Tino Krense, Aktivitäten und Unterstützung auf dem Weg zum „Sozialticket, Kasten: Antrag: Sozialticket im MVV einführen. Brigitte Wolf, Stadträtin Linkspartei.PDS, in: MitLinks Nr. 14, März 2006, Dokumentation* S. 488.

Inhalt

Aktuelle Meldungen

Eine Medienkampagne landet bei der Staatsanwaltschaft • Schönmalerei am Arbeitsmarkt • EU-Kommission fragt nach der Zukunft Europas • Griechenland

Können zivilgesellschaftliche Bewegungen weltweite Solidarität üben?

„Reaktionär“, „zum kotzen“ – oder einfach nur verzweifelt
IPPNW: Gewalt in Syrien stoppen – Krieg verhindern!

Polizei dirigiert die Kinder- und Jugendhilfe in Hamburg und missachtet den Datenschutz

Auslandsnachrichten

Österreich: Gesundheits- und Sozialbereich nicht krank sparen • Schweiz: Mindestlohninitiative eingereicht • Großbritannien: Streik Unilever-Arbeiter • Brasilien: Sieg für Sicherheitskräfte nach Vier-Tage-Streik

Aktionen ... Initiativen

Fukushima mahnt: 11. Februar: Mahnwachen, 11. März Großdemonstrationen • Demo „Wir haben es satt“ während der Grünen Woche • Bürgerentscheid zum Erhalt der städtischen Krankenhäuser erfolgreich • 250 Aktive bereiten internationale Aktionskonferenz vor • Die Modeindustrie muss aufwachen! • 1 000 Schulen ohne Rassismus • 28. Januar 2012: 40 Jahre Berufsverbot • Aufruf des Bündnisses Dresden Nazifrei 2012 – Aller guten Dinge sind drei!

Köln: Stellt Euch quer!

Mannheim: Ein Ausblick auf 2012

Konstanz vor dem Konziljubiläum

Kommunale Politik

Armuts- und Reichtumsbericht für Frankfurt erstellen: Frankfurt a. M. • Unentgeltliche Betreuung von Krippenkindern: Braunschweig. • Linke lehnt Gesichtsscanner und Abschaffung der Stehplätze ab: Hannover. • Antrag der Stadtratsgruppe Die Linke erfolgreich: Münchner Nazis werden entwaffnet! München. • Linksfraktion begrüßt Sonntagsruhe: Bochum. • Linke fordert Sofortmaßnahmen für Obdachlose: Hamburg. • Leerer Bauch lernt nicht gern: Stuttgart. • Sozialticket: Magere Bilanz ist kein Zufall! • Essen. • Die Linke verurteilt massiven Polizeieinsatz in Kalk: Köln.

Neue Europäische Industriegewerkschaft

Knapp 90 Prozent der Minijobber erhalten nur Niedriglöhne

Werkverträge – Feste Beschäftigte, keine ungesicherten Randbelegschaften

Wirtschaftspresse

Interview: Mit Subventionen in die Arbeitslosigkeit

Armut in einem reichen Land – Eine Herausforderung für Linke-Kommunalpolitik

Jahrestagung Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 31. März/1. April 2012 in Köln

Verfestigung von Armut in einem reichen Land – irreversibel? Was können wir tun?

Termin: 31. März / 1. April, Samstag von 13 bis ca. 18 Uhr, Sonntag von 9 bis 12 Uhr.

Übernachtung: Jugendherberge Köln-Deutz, Siegesstr. 5.

Tagung: Landschaftsverband Rheinland, Horionhaus, Mindener Str., Köln-Deutz, wenige Minuten vom Bahnhof Köln-Messe/Deutz (Anfahrtskizze siehe unten).

Tagesordnungspunkte:

Samstag, 31. März

13 bis 14 Uhr Vereinsangelegenheiten

- Berichte Vorstand
- Wahlen Vorstand
- Haushaltsbeschluss 2012

14.30 Uhr als gemeinsame Veranstaltung mit dem Forum demokratischer Sozialisten (fds) NRW:

„Verfestigung von Armut in einem reichen Land – irreversibel? Was können wir tun?“

Martin Fochler: Impulsreferat

Matthias W. Birkwald (MdB Die Linke, Ausschuss für Arbeit und Soziales): Wie schlägt sich die Umstrukturierung im Arbeitsprozess bei den Renten nieder?

Gabi Giesecke: Sicht aus der Arbeitsagentur auf diese Entwicklung

Jonas Bens: Ausgrenzung versus Inklusion – Welche inklusiven Ansätze finden sich im modernen Rechtssystem wieder?

Anschließend Diskussion.

Osteuropa – EU – Russland: Europäische Sicherheitsarchitektur/Abrüstung

Sonntag, 1. April, 9 bis 12 Uhr

(Referent/in aus dem Arbeitskreis Osteuropa der Rosa-Luxemburg-Stiftung)

Anmeldung bis spätestens 1. März bei: Alfred Küstler (stuttgart@gnn-verlage.com). Bitte angeben, ob Übernachtung nötig ist, damit die Reservierungen bestätigt oder storniert werden können.



Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint am 9. März 2012.

Redaktionsschluss: Freitag, 3. März.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die nächsten Erscheinungstermine:

jeweils donnerstags: 5. April, 3. Mai, 31. Mai, 28. Juni, 26. Juli, 6. September, 5. Oktober, 2. Nov., 30. Nov.